15. Jahrg. / Nr. 137 / Preis für Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Berlin, Donnerstag, 23. Juni 1932

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommu[illegible]ale)

Redakt.: Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Berolina 5481, Tel.-Adr.: Rotfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH., Berlin C 25, Kl. Alexanderstr. 28, Postscheck: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: Expedition G. m. b. H., [illegible] Kurfürst 1825/26. Schr[illegible] [illegible]eraten-[illegible]on: B 1 [illegible] 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M. einschl. Trägerlohn in Berlin u. Orten m. eig. Zustellg. Postbezug ausschl. Bestellgeld 2,60 M.; Streifband im Inland 4,20 M.; n. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12gesp. Millimeterz[illegible] [illegible]gesp. Text-[illegible] millimeterzeile 2,50 M. Arbeiterorganis. u. Famili[illegible] [illegible]limeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Textwort 20 Pf., Ueberschriftsw. 30 Pf. Ar[illegible] [illegible]markt: Wort 5 Pf.

Die neue „Rote Post“
Wie immer aktuell, spannend, unterhaltend ● 20 Seiten
15 Pfennig

Faschistisches Landtagspräsidium durch Weimarer Koalition gewählt!

SPD. ermöglichte Landtagspräsidium Nazis und Deutschnationale — Das Zentrum, Koalitionsgenosse der SPD., verhilft Nazi-Kerrl zum Landtagspräsidenten — Nazis wählen „System“-Vertreter — Schließt die Reihen gegen die Reaktion

Durch das Verhalten der Weimarer Koalition der SPD. und des Zentrums ist gestern im Preußischen Landtag die von den Kommunisten vorgeschlagene und möglich gemachte Wahl eines Landtagspräsidiums ohne Nationalsozialisten und Deutschnationale verhindert worden und die Wiederwahl des Nationalsozialisten Kerrl zum Landtagspräsidenten erfolgt. Zum Dank dafür, daß das Zentrum nicht gegen den Nazi-Kandidaten stimmte, wählten die Hakenkreuzler als Vizepräsidenten den Zentrumsmann Baumhoff.

Bekanntlich haben SPD.- und Zentrumsführer gemeinsam die Bedingungen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei abgelehnt, durch die die Aufhebung des Demonstrationsverbots in Preußen für die Arbeiterschaft und Nichtdurchführung der beiden Papenschen Notverordnungen in Preußen gefordert wurde. Die SPD.-Führer, unter deren Augen in Berlin und in ganz Preußen das Hakenkreuzgesindel auftrumpft, verstecken sich hinter „rechtlichen Bedenken“, auf die die Hitlerpartei pfeift, wenn dank der Haltung der Weimarer Koalition die Regierung an sie kommt.

Trotzdem SPD. und Zentrum die Forderungen der Arbeiterschaft sabotierten, hat die Kommunistische Partei gestern im Preußischen Landtag einen Schritt unternommen, der für alle Werktätigen ein Wegweiser ist dafür, wo diejenigen zu finden sind, die dem Faschismus zur Macht verhelfen, und diejenigen, die der Hitlerei den Weg zur Regierung versperren wollen. Ungeachtet unserer prinzipiellen scharfen Gegnerschaft gegen Sozialdemokratie und Zentrum als Parteien der kapitalistischen Klassenherrschaft, erklärte Genosse Wilhelm Pieck namens der Kommunistischen Partei, daß die Kommunisten einen weiteren Versuch unternehmen, die Wahl eines nationalsozialistischen Präsidiums zu verhindern.

Deshalb

hat die KPD. den Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums vorgeschlagen, ein Präsidium zu wählen, aus dem Nationalsozialisten und Deutschnationale ausgeschlossen sind. Die KPD. erklärte sich bereit, für ein solches nur von SPD. und Zentrum besetztes Präsidium zu stimmen.

Um SPD. und Zentrum die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben, beantragte und erwirkte die kommunistische Fraktion die einstündige Unterbrechung der Landtagssitzung. Als die Pause vorüber war und das ganze Haus darauf wartete, was Zentrum und SPD. zu sagen haben würden, hüllten sich beide Parteien in Schweigen. Sie schlugen die Möglichkeit, die durch eine Mehrheit vom Zentrum bis zu den Kommunisten für eine Entfernung der Faschisten vom Präsidium gegeben ist, aus der Hand.

Severing gibt den Faschisten die Straße frei und nimmt sie den Arbeitern. Das Zentrum gab gestern weiße Stimmzettel ab, als es galt, die Wahl der Nazis zu verhindern. Mit den gestrigen Ereignissen im Preußischen Landtag sind alle antifaschistischen Betrugsmanöver des Zentrums und der SPD. für immer entlarvt.

Uns Kommunisten überrascht dieses Ergebnis nicht. Aber was sagen dazu die Massen der sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter, die sich zornglühend gegen den Terror der entfesselten Hakenkreuzmeute zur Wehr setzen?

Wir Kommunisten haben von Sozialdemokraten und Zentrum nichts anderes verlangt, als gegen die Nazis zu stimmen. Das lehnten die Koalitionsbrüder der SPD., mit denen sie im preußischen Koalitionskabinett vereinigt ist, ab, ohne daß die SPD. auch nur mit einem Wort dazu Stellung nahm.

Die Empörung, die gestern abend angesichts dieses Verhaltens von der kommunistischen Landtagsfraktion auf die überfüllten Tribünen überschlug, wird sich heute der Werktätigen ganz Preußens bemächtigen. Man kennt die Machtfülle, die dem preußischen Landtagspräsidenten gegeben ist.

Es soll jeder in ganz Preußen-Deutschland wissen, daß von der Weimarer Koalition diese Macht den Nazis überantwortet wurde.

Es soll jeder wissen, daß die Wegbereiter Hitlers in den Reihen der Severing- und Brüning-Parteien sitzen.

Es soll jeder wissen, daß die Kommunistische Partei allein es ist, die im Parlament, wie außerhalb des Parlaments im Zeichen der Antifaschistischen Aktion sich der Hitler-Partei entgegenwirft im Namen aller Lebensinteressen des werktätigen Volkes, die auf dem Spiele stehen.

Glänzender Betriebswahlsieg im Wurmrevier (siehe im Blatt)

Die rote Einheit bricht sich Bahn

Die gestrige Versammlung der Kommunistischen Partei in Haverlands Festsälen zur Antifaschistischen Aktion war überfüllt. In der Versammlung sah man SPD.- und Reichsbannerarbeiter, die sich in der Diskussion für die Einheitsfront gegen den Faschismus aussprachen. Unter stürmischem Beifall forderte Genosse Wollenberg, die Antifaschistische Aktion zu einer Millionenbewegung der werktätigen Massen zu gestalten. Der SPD.-Arbeiter Erich Kron und der Reichsbannerarbeiter Max Abanowski von der 1. Kameradschaft Mitte erklärten, daß sie gewillt sind, in der Antifaschistischen Aktion zu kämpfen und dafür zu werben. Ueber den Verlauf der Versammlung werden wir morgen ausführlich berichten.

Das ist die „Einheitsfront“ der SPD.-Führer!

Severing verhängt Ausnahmezustand gegen Antifaschistische Aktion

Gemeinsamer Arbeiteraufmarsch im Lustgarten verboten — Verbotsdrohung gegen „Rote Fahne“ Kameradschaftliche Massendiskussionen mit den SPD.-Arbeitern eure Antwort!

Unsere Forderung nach Freigabe des Lustgartens für den heute geplanten gemeinsamen Aufmarsch aller Arbeiter gegen Papen-Regierung und Mordfaschismus hat seitens der SPD.-Führer eine eindeutige Antwort gefunden. Severing, der vorgestern im Hauptausschuß des Preußischen Landtages den faschistischen Studentenorganisationen für den 28. Juni die Straßen Berlins freigegeben hat, hat die Lustgartendemonstration verboten. Währenddessen hat die politische Polizei Grzesinskis den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“ gestern morgen geladen, ihm ein Strafverfahren eröffnet und indirekt mit dem Verbot der „Roten Fahne“ gedroht. Warum? „Weil in der Aufforderung des kommunistischen Organs nach Aufhebung des Demonstrationsverbotes eine Aufforderung zu Handlungen gegen das Demonstrationsverbot gesehen werden könnte“. Das ist die Antwort des SPD.-Ministers auf den zehntausendfachen Ruf der Berliner Arbeiter nach Demonstrationsfreiheit! Faschistenbanden knallen in Berlin Kommunisten und Reichsbannerarbeiter nieder. Helldorf ordnet Waffenanmeldung innerhalb 48 Stunden an. Severing läßt verhaften, läßt verbieten. Gegen wen? Gegen die Arbeiter!

Nur selbstverständlich, daß das sozialdemokratische Zentralorgan einen Entlastungsversuch unternehmen muß. „Demonstrationsfreiheit setzt politische Kultur voraus“, belehrt der Abend-„Vorwärts“ von gestern die Berliner Arbeiter. Was wohl soviel heißen soll, daß die Arbeiter erst demonstrieren dürfen, wenn sie sich für die Notverordnungspolitik von Papens, für die Notverordnung Preußens, für Koalition und Tolerierung diszipliniert haben. Mit einem „Geheimrundschreiben des ZK. der KPD.“ versucht das Blatt die SPD.-Arbeiter zu schrecken, sie vor dem gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten abzulenken. Die Strategie der KPD., „die SPD.-Arbeiter zu uns herüberzuziehen und die SPD. zu isolieren“ (wie der Abend-„Vorwärts“ aus dem „Rundschreiben“ zitiert) sei ein übles „Einheitsfrontmanöver“, eine „Falle“, ein „Minenkrieg“ gegen die Einheit. Jawohl, wir Kommunisten erklären frank und frei, daß der Hauptfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, nur geschlagen werden kann durch die revolutionäre Einheitsaktion der geschlossen handelnden Arbeiterschaft. Nicht mit einem Severing, der mit Waffengewalt für die Papensche Notverordnungsregierung in Preußen die „Ruhe und Ordnung“ aufrechterhält, nicht mit Höltermann und Leipart, die Hindenburg aufs neue in den Sattel hoben und zu Wegbereitern des Papenregimes wurden, kann der Faschismus geschlagen werden, sondern nur, wenn die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter gemeinsam und entschlossen über die Stützen des Kapitalismus im Lager der Arbeiterklasse, über die SPD.- und ADGB.-Führer hinweg, zum Angriff übergehen.

Die ganze Politik der SPD.-Führer, ihre seit Tagen dauernde Sabotage, Hetze und Verleumdung eines gemeinsamen Aufmarsches der Berliner Arbeiter wird durch den Abend-„Vorwärts“ selbst enthüllt, wenn er schreibt:

„Die Severing-Polizei kann den Kommunisten nicht unbeschränkte Demonstrierfreiheit gewähren, ohne sie der SA. auch zu geben.“

Da habt ihr, sozialdemokratische Klassengenossen und Gewerkschaftskollegen, das „demokratische Bollwerk Preußen“ in Reinkultur. Da habt ihr die von euren Führern mit Eisen und Blut verteidigte bürgerliche Demokratie, wie sie leibt und lebt. Ihr werdet von SA.-Banden niedergeschossen, Feuersalven richten sich gegen eure Gewerkschaftshäuser. Aber die Arbeiter dürfen in Severing-Preußen nicht marschieren, weil man dann nach den „Spielregeln der Demokratie“ auch die Arbeitermörder

marschieren lassen müßte. Ist das eure Demokratie, SPD.-Arbeiter?

Seid ihr nicht auch wie wir des eisernen Willens, den Nazipropokateuren auf der Straße, in den Betrieben, auf den Stempelstellen Einheit zu bieten, die Straße ausschließlich für die Arbeiter zu erkämpfen?! Das war es, wofür wir Kommunisten an euch appellierten, gemeinsam mit uns zu marschieren gegen das Kabinett der Industriebarone, der Millionenaufwertungen für die Reichen, der Notverordnungen für die Armen.

Severing hat euch und uns abermals den Aufmarsch im Lustgarten verboten, während am 28. Juni die faschistischen Banden marschieren dürfen. Aber Severing kann nicht verbieten, daß heute in ganz Berlin, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln die revolutionären Arbeiter eine Massendiskussion entfesseln und mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern beraten:

Wie erkämpft das Proletariat Berlins sich die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, das Recht auf die Straße?

Wie organisiert das Proletariat Berlins die kämpfende Einheit gegen die aufreizende Hungernotverordnung des Papen-Kabinetts?

Wie schafft das Proletariat Berlins in jeder Straße, in jedem Betrieb, auf jeder Stempelstelle den wehrhaften roten Massenselbstschutz gegen alle faschistischen Provokationen?

Den Führern der SPD., den Spaltern der Einheit, den Saboteuren eines gemeinsamen Arbeiteraufmarsches geantwortet, indem ihr heute und in den nächsten Tagen und Wochen zehntausende sozialdemokratischer Klassengenossen für den gemeinsamen Kampf der Antifaschistischen Aktion gewinnt.

Antifaschistische Aktion in Preußen unter Belagerungszustand, Es lebe die Antifaschistische Aktion!

Schluß mit Bedingungen – gemeinsamer Kampf tut not!

AEG.-Arbeiter, Brunnenstraße, zur Erklärung des ADGB. über Einheitsfront

Gestern beschloß eine Belegschaftsversammlung der AEG. Brunnenstraße zur Einheitsfronterklärung des ADGB.:

„Die Belegschaftsversammlung der AEG. Brunnenstraße nimmt Kenntnis von der Erklärung der Gewerkschaftsspitzenverbände vom 21. Juni 1932.

Wir stellen fest, daß in dieser Erklärung kein Wort gesagt wird über die Kampfaufgaben der gewerkschaftlichen Organisationen gegen die faschistische Diktatur, wohl aber der Papenregierung die Bereitschaft erklärt wird, „eine sozial gerechte Verteilung der unvermeidlichen Lasten zu unterstützen". Wir antworten, keinen Pfennig dieser Regierung der monarchistischen Großindustriellen, Großagrarier und Generale. Die Kraft der gewerkschaftlichen Organisationen muß sofort eingesetzt werden gegen die Durchführung der Beschäftigtensteuer, gegen jeden Lohnabbau-Schiedsspruch und jeden Unterstützungsabbau.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und auch die unorganisierten Arbeiter wollen gemeinsam kämpfen. Aber der Bundesvorstand des ADGB. antwortet auf die Kampfforderungen der Arbeiter mit „Bedingungen" gegenüber der Kommunistischen Partei und dem revolutionären Proletariat.

Schluß mit dem Gerede über „Bedingungen". Der gemeinsame Kampf aller Arbeiter tut jetzt not!

Wir schlagen allen Kollegen und allen Gewerkschaftsorganisationen vor, in allen Betrieben, gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und Erwerbslosenversammlungen sich auf folgende sofortige gemeinsame Kampfaufgaben zu einigen:

1. **Gemeinsame Massendemonstrationen aller Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen.**
2. **Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse, für proletarische Demonstrations-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Aufhebung des Verbotes des RFB.**
3. **Gegen die faschistischen Notverordnungen des Lohn- und Unterstützungsabbaues und der Massensteuer.**
4. **Organisierung des Massenselbstschutzes in allen Betrieben, an allen Stempelstellen, in allen Arbeiterstraßen durch alle Arbeiter, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit. Sofortige Vorbereitung von Proteststreiks, politischen Massenstreiks."**

*

„Schluß mit dem Gerede über Bedingungen, der gemeinsame Kampf aller Arbeiter tut jetzt not!" Das ist der Schrei, der durch die Betriebe und Arbeiterviertel geht. Die KPD. hat allen Arbeiterorganisationen ein Angebot zum Kampf gemacht, ohne jegliche „Bedingungen". Es kommt uns einzig und allein auf den Kampf an, auf den Kampf gegen die Aushungerung und Erniedrigung der deutschen Arbeiterklasse.

Bezeichnend für die Erklärung des ADGB. zur Einheitsfront ist, daß sie nichts sagt, wie sich der ADGB. die Einheitsfront vorstellt. Dagegen zählen die AEG.-Arbeiter die konkreten Aufgaben auf und zeigen die ersten Schritte, die gemacht werden müssen.

Die „Bedingung" des ADGB. mutet ganz ungewöhnlich an; die Kommunisten sollen verzichten, die SPD.- und Gewerkschaftsführer „in entehrender Weise" anzugreifen. Sollen wir die für die Gewerkschaftsführer gewiß nicht ehrenvolle Tatsache verschweigen, daß die Politik der Tolerierung und Unterwerfung unter die Notverordnungsdiktatur ins Verderben führt? Sollen wir die zweifelsohne entehrende Tatsache verheimlichen, daß die Polizei des Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionärs Severing mit Gummiknüppel und „härteren Waffen" gegen hungernde Erwerbslose vorgeht?

Wir wiederholen: Die vier Kampfaufgaben, die von den AEG.-Arbeitern formuliert sind, können von jeder Arbeiterorganisation in breitester Einheitsfront mit den revolutionären Arbeitern durchgeführt werden. **Nichts steht dem im Wege.**

Nehmt in Betrieb, Gewerkschaft und Stempelstelle zu diesen Aufgaben Stellung und beschließt den gemeinsamen Kampf.

Glänzender Betriebsrats-Wahlsieg in den Zechen des Wurmreviers

Köln, 22. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Gestern und heute fanden auf der Zeche Laurweg-Boccard in Kohlscheid, die dem Eschweiler Bergwerksverein gehört, die Betriebsrätewahlen statt.

Es erhielten Stimmen:	1932	1931	1930
Rote Einheitsliste	**808**	**590**	**519**
Reformisten	371	499	419
Christen	504	762	780
Nazis	144	—	—

Die Nazistimmen stammen von Nazis und Stahlhelmern her, die von der Zechenverwaltung aus dem Ruhrgebiet nach dieser Zeche verpflanzt worden sind.

Die Betriebsräte verteilen sich wie folgt:

Rote Einheitsliste	**6**	**(3)**
Reformisten	3	
Christen	4	
Nazis	1	

Betriebsausschußmitglieder:

Rote Einheitsliste 2, Reformisten 1, Christen 1.

Auf Karl-Alexander in Baesweiler, der Firma Röchling gehörend, fanden die Wahlen am gestrigen Tage statt. Es erhielten:

	1932	1931
Rote Einheitsliste	**389**	**406**
Christen	774	906
Reformisten	177	255
Nazis	195	100

Auf Zeche Carolus in Pahlenberg erhielten an Stimmen:

	1932	1931
Rote Einheitsliste	**1207**	**1234**
Christen	710	926
Reformisten	251	326

In der letzten Zeit waren 250 Kumpels auf die Straße gesetzt worden, da sie als Arbeiter, die mit dem roten Einheitsverband sympathisieren, bekannt waren.

Raus mit unseren Gefangenen!

Landtag beschließt politische Amnestie — SPD. verhilft Hitlerschen Arbeitermördern zur Freiheit

Nach Ueberwindung der wochenlangen sozialdemokratischen Quertreibereien wurde gestern im Landtag das Amnestiegesetz angenommen. Straferlaß wird für die bis zum 15. Juni 1932 noch nicht verbüßten Strafen gewährt, die aus politischen Beweggründen oder (wie der angenommene Zusatzantrag der KPD. besagt) aus Anlaß von Wirtschaftskämpfen, Streiks oder Demonstrationen begangen worden sind.

Vorher ging eine Debatte, die sich in einem persönlichen Gezänk zwischen Sozialdemokraten und Nazis erschöpfte. Dabei machte der Sozialdemokrat Gehrmann den vergeblichen Versuch, seinen Fraktionsredner Kuttner reinzuwaschen, der bekanntlich den Arbeiter Eichhorn erschossen hat.

Genosse Steinfurth hob die Debatte auf das Niveau einer grundsätzlichen Abrechnung mit der Reaktion. Er brandmarkte die Haltung der Sozialdemokratie, die zuerst den Antrag der Kommunisten auf Amnestierung nur der proletarisch-politischen Gefangenen mit der Begründung ablehnte, daß er eine Ungerechtigkeit gegenüber den Nazis sei, dann die allgemeine politische Amnestie ablehnte und schließlich selbst einen Amnesticantrag abgelehnt hat, durch den auch Nazis amnestiert werden.

In der darauf folgenden Abstimmung wurde der kommunistische Antrag, ausschließlich alle proletarisch-politischen Gefangenen zu befreien, von allen Parteien, den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, abgelehnt. Der sozialdemokratische Entwurf fiel gegen die Stimmen der SPD. durch.

Dann wurde die Amnestie in der oben geschilderten Form angenommen; allerdings wurden durch die Einheitsfront von den Nazis bis zur SPD. ausgeschlossen Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung nach den Paragraphen 225 und 226 des Strafgesetzbuches, gemeingefährlicher Gebrauch von Sprengstoffen, Landesverrat und Vergehen gegen die Religion. Alle diese Schutzmauern des faschistischen Klassenstaates half die SPD. festigen.

Außerdem sprach der SPD.-Abgeordnete Hamburger die Hoffnung aus, daß der Preußische Staatsrat noch Mittel und Wege finden werde, die Amnestie zu Fall zu bringen. Um so stärker ist die Verpflichtung der antifaschistischen werktätigen Bevölkerung, außerparlamentarisch für die Befreiung unserer proletarisch-politischen Gefangenen zu kämpfen.

SPD. und Zentrum im Landtag gestellt

Als in der gestrigen Landtagssitzung die endgültige Wahl des Landtagspräsidenten vorgenommen wurde, war kurz vorher bekannt geworden, daß die Zentrumsfraktion beschlossen hatte, bei der Wahl des Landtagspräsidenten weiße Stimmzettel abzugeben, um dadurch die endgültige Wahl des Nazipräsidenten Kerrl zu sichern.

Genosse Pieck

unternahm deshalb namens der kommunistischen Fraktion einen erneuten taktischen Vorstoß, um alle Ausflüchte der SPD. und des Zentrums zu demaskieren und sowohl SPD. wie auch Zentrum vor der gesamten proletarischen Oeffentlichkeit vor eine klare, unzweideutige Entscheidung zu stellen, und ihnen jede Möglichkeit zu nehmen, die Schuld für die Wahl eines faschistischen Präsidiums den Kommunisten zuzuschieben. Genosse Pieck gab für die kommunistische Fraktion folgende Erklärung ab:

Die Kommunistische Partei führt in ihrer Antifaschistischen Aktion als einzige Partei den aktiven Massenkampf gegen den Faschismus, der besonders jetzt, bei der Einsetzung der offenen faschistischen Diktatur, durch die, hauptsächlich von den Nazis gestützte, Papenregierung, dringend notwendig wird und bis zu den äußersten Kampfaktionen gesteigert werden muß.

Daraus ergab sich für die kommunistische Fraktion auch die Notwendigkeit, den Kampfwillen der revolutionären Arbeiterschaft gegen die Faschisten dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß die endgültige Wahl eines nationalsozialistischen Landtagspräsidiums verhindert wird. Wir haben deshalb an die SPD. und das Zentrum zwei Bedingungen gestellt, unter denen wir bereit wären, für die Präsidiumskandidaten der beiden Fraktionen zu stimmen und so die Wahl der nationalsozialistischen und deutschnationalen Kandidaten zu verhindern. (Sehr wahr! b. d. Komm.)

Wir haben nicht die Bedingung gestellt, selbst im Präsidium vertreten zu sein. Unsere Bedingungen lauteten: 1. Herstellung der Versammlungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit und die Freigabe des Rundfunks für die revolutionäre Arbeiterschaft in Preußen, 2. Nichtdurchführung der faschistischen Notverordnungen der Papenregierung in Preußen.

Diese beiden Bedingungen sind von der SPD. und vom Zentrum abgelehnt worden. (Hört, hört! b. d. Komm.) Beim Zentrum ist das verständlich, weniger aber bei den Sozialdemokraten, die angeblich den Kampf gegen den Faschismus führen wollen. (Sehr wahr! b. d. Komm.) Jetzt ist bekannt geworden, daß das Zentrum durch Abgabe weißer Stimmzettel die Wiederwahl des nationalsozialistischen Landtagspräsidenten sicherstellen will. Es entsteht somit die Gefahr, daß das gesamte Präsidium von Nazis und Deutschnationalen besetzt wird, wenn diese Parteien nur noch für ihre eigenen Kandidaten stimmen.

Die kommunistische Fraktion will nicht nur einer solchen Gefahr vorbeugen, sondern vor allem auch ihren entschlossenen Kampfwillen gegen den Faschismus dadurch zum Ausdruck bringen, daß sie den weiteren taktischen Versuch unternimmt, die Wahl eines faschistischen Präsidiums zu verhindern, indem sie dem Zentrum und der SPD. folgenden Vorschlag macht:

Obwohl diese beiden Fraktionen unsere Bedingungen abgelehnt haben und damit ihre Feindschaft gegenüber den Forderungen der werktätigen Massen und selbst ihrer eigenen Anhänger Ausdruck verliehen, so sind wir Kommunisten doch bereit für die Kandidaten der SPD. und des Zentrums zu stimmen, wenn beide Fraktionen ihre Bereitwilligkeit erklären, durch aktive Beteiligung an den Wahlen mit uns Kommunisten gemeinsam die Nationalsozialisten und Deutschnationalen von jeder Mitbesetzung des Landtagspräsidiums — als Präsident oder Vizepräsident — auszuschließen. (Bravo b. d. Komm.)

Wir stellen hierbei nicht die Bedingung, daß SPD. und Zentrum für einen kommunistischen Vizepräsidenten stimmen, obwohl wir Kommunisten im scharfen Kampf gegen die Politik des Zentrums und der SPD. stehen, mit der sie dem Faschismus in Deutschland den Weg bereiten

Nach Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Genosse Pieck, daß der „Vorwärts" und auch die „Germania" den Versuch unternommen hätten, den Kommunisten die Schuld dafür zuzuschieben, daß ein Präsidium unter Leitung eines Nationalsozialisten zustande komme und daß wir Kommunisten durch die Aufstellung eigener Kandidaten dazu beitrügen. „Durch unseren jetzigen Vorschlag", fuhr Pieck fort, „sind diese Behauptungen des Zentrums und der SPD. endgültig demaskiert. Das Verhalten dieser Parteien zeigt den Massen, daß die einzige Führerin im Kampf gegen den Faschismus die Kommunistische Partei ist. (Stürmisches Händeklatschen bei den Kommunisten.) Es ist die letzte Stunde! Die werktätigen Massen müssen antreten zur Antifaschistischen Aktion. (Stürmische Bravos.) Nachdem SPD. und Zentrum es ablehnen, mit den Kommunisten gemeinsam ein faschistisches Präsidium zu verhindern, schlagen die Kommunisten für alle Wahlgänge den Genossen Kasper vor. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Bei der nun folgenden Wahl des Präsidenten wird der Nazipräsident Kerrl mit 197 Stimmen wieder gewählt. 53 Stimmen entfielen auf den Genossen Kasper, 91 Stimmen auf den bisherigen Vizepräsidenten Wittmaack, SPD. Das Zentrum gab unbeschriebene Karten ab.

Als Vizepräsident wurde der Deutschnationale Dr. v. Kries, als zweiter Vizepräsident der Zentrumsmann Baumhoff, und als dritter der Nationalsozialist Haake gewählt. Baumhoff erklärte, daß er sich die Entscheidung über die Annahme der Wahl noch vorbehalte.

Ergebnislose Länderkonferenz?

Die gestrige Konferenz des monarchistischen Reichsinnenministers von Gayl mit den Vertretern der einzelnen Länder scheint nach dem offiziellen Bericht ohne Ergebnis verlaufen zu sein. Mehrere Stunden lang berichteten die Ländervertreter über die innenpolitische Lage und die Auswirkungen der Papenschen Notverordnung über die Aufhebung des SA.-Verbotes. Der amtliche Bericht schließt:

„Am Schluß der Aussprache richtete der Reichsinnenminister an die Länderregierungen die dringende Bitte, die heute bestehenden landesrechtlichen Vorschriften der Politik der Reichsregierung anzupassen und eine Einheit in der Handhabung der gesamten Materie herbeizuführen. Die endgültige Stellungnahme (!) der Länder zu den von der Auffassung der Reichsregierung abweichenden Vorschriften wurde dem Reichsinnenminister in kürzester Frist zugesagt."

Es scheint also, daß die bestehenden Gegensätze zwischen der Reichs- und den Länderregierungen nicht beseitigt wurden, sondern vielleicht etwas abgeschwächt, weiterbestehen.

SA.-Bürgerkrieg gegen Arbeiterviertel Berlins

Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter in roter Abwehrfront — Diskussionen über Grzesinskis Demonstrationsverbot

Jeden Tag zeigen sich die Folgen der unerhörten Arbeitermordhetze des „Angriff", die von SPD.-Grzesinski geduldet wird, in den Straßen Berlins. Die korrumpierten Nazibonzen, die Stützen der Papen-Regierung, hetzen immer aufs neue ihre SA.-Kolonnen zu Bluttaten, um von ihrer Tolerierung der Papenschen Notverordnung abzulenken. Doch die rote Einheitsfront wächst. In der Antifaschistischen Aktion stehen sozialdemokratische, Reichsbanner- und kommunistische Arbeiter im geschlossenen Widerstand!

Tausende in Moabit

Zu scharfer Abwehr des uniformierten Nazigesindels kam es schon während der ganzen letzten Tage in Moabit, besonders in der Gegend der Hutten-, Rostocker und Turmstraße. Die Kämpfe

Auch Du
müßt die Plakette
der
Antifaschistischen Aktion
tragen. Sorge dafür, daß auch
dein Nachbar an der Werkbank
sie ebenfalls trägt 10 PF.

begannen am Montag damit, daß Erwerbslose, die die Exmittierung einer hochschwangeren Frau verhindern wollten, von der System-Armee hinterhältig angegriffen wurden. Hunderte von Arbeitern sammelten sich auf den Straßen und demonstrierten.

Am Dienstagnachmittag wiederholten sich die Demonstrationen der Arbeiter in den genannten Straßen. —

Die Zahl der Demonstranten war auf Tausende gewachsen. Rufe ertönten gegen die Regierung Papen und gegen den Faschismus.

Erwerbslose, Moabiter Betriebsarbeiter, Reichsbannerarbeiter mit Abzeichen und SAJ.ler, Sozialdemokraten, Parteilose und Kommunisten strömten auf der Straße hin und her. Die Polizei ging scharf vor. Mit dem Gummiknüppel wollte sie die Demonstranten auseinandertreiben, aber die Demonstration begann von neuem. Währenddessen wagten die 200 Nazibanditen sich nicht aus ihrer Kaserne in der Huttenstraße heraus. Ihretwegen kämmte die Polizei die Straßen ab und erst von Flitzer und Ueberfallwagen geschützt durfte die System-Armee es wagen, abzumarschieren.

Die Arbeiter, die einen Ueberfall erwarteten, machten sich abwehrbereit. In kurzer Zeit erloschen alle Laternen in der Rostocker, Wittstocker, Berlichingen- und Erasmusstraße.

In der Rostocker Straße bauten die Bewohner aus einem Stapel Zementplatten eine Barrikade quer über die Straße.

Polizeiflitzer leuchteten später die Fenster ab. Befehle ertönten: „Fenster zu! Straße frei!" Auch ein Schuß fiel.

Eine ungeheure Empörung herrscht in Moabit über das freche Nazipack. Das Privatauto IA 72 107, das gestern mit Hakenkreuzfahnen beflaggt von zwei uniformierten Banditen provozierend durch Moabit gefahren wurde, trieb die Arbeiter zum schärfsten Protest. Die Autoscheiben wurden eingeschlagen. Beide Nazis, die bewaffnet waren, wurden verprügelt. Schon in den frühen Nachmittagsstunden waren insbesondere in der Huttenstraße gestern wieder Ansammlungen von Hunderten von Arbeitern zu sehen.

In einer Reihe von Arbeiterlokalen sammelten sich zahlreiche Arbeiter zur Haus- und Hofagitation gegen Naziterror und zogen davon, mit Stapeln von Flugblättern beladen.

Die Nazis haben von außerhalb zwei Ueberlandwagen voll Verstärkung in das Lokal „Eule", worin der Sturm 87 kampiert, herangezogen.

Nazibürgerkrieg im Plänterwald

In ganz Berlin betreiben indes die Nazis ihre Vorproben zum Arbeitermord.

Ein Trupp der Banditen hielt in der Nacht zum Mittwoch im Plänterwald in Treptow eine militärische Geländeübung ab. Die Polizei konnte nach Abriegelung des betreffenden Teiles des Waldes eine Reihe von Nazis feststellen.

Bei einem beabsichtigten Ueberfall der Nazis in der Schliemannstraße waren in der Nacht zum Mittwoch in wenigen Augenblicken alle Arbeiter alarmiert; die Straßenlaternen in der Schliemannstraße und am Helmholtzplatz wurden ausgemacht und im Schutz der Dunkelheeit standen die Arbeiter bereit zum Abwehrkampf. Ueberall übten Trupps von Radfahrern einen regulären Nachrichtendienst aus. Die Polizei trieb die Arbeiter in die Häuser, leuchtete die Straßen mit Scheinwerfern ab und ging mit dem Gummiknüppel vor. Die Nazis wagten es nicht mehr, sich blicken zu lassen.

An der Ecke der Belforter und Straßburger Straße wurden bei einem Naziüberfall die Nazis ebenfalls abgewehrt; einer von ihnen erhielt mehrere Verletzungen. Die Polizei verhaftete einen Arbeiter. Am Mayer-Otto-Park, wo die Nazis gleichfalls einen Ueberfall ausführten, mußte die Polizei drei Nazis festnehmen. In der Proskauer Straße wurde ebenfalls ein Nazi von den empörten Arbeitern verletzt.

Köster von Nazis erschossen?

Im Südwesten Berlins, in der Schleiermacherstraße, eröffneten die Nazis um Mitternacht eine Schießerei auf Arbeiter, die sich wehrten. Der Nazi Helmuth Köster wurde dabei getötet. Das gestrige „12-Uhr-Blatt" teilt dazu mit:

„Einige Zeugen wollen gesehen haben, daß der Nationalsozialist Köster von den Schüssen seiner eigenen Leute getroffen wurde."

Die Polizei unternahm natürlich sofort eine Razzia auf ein nahegelegenes Arbeiterverkehrslokal in der Gneisenaustraße. Die Durchsuchung blieb erfolglos. Nichtsdestoweniger hat die Polizei bisher fünf Arbeiter, die sie verdächtigt, geschossen zu haben, festgenommen.

In Neukölln, in der Hermannstraße, gingen Reichsbannerarbeiter zusammen mit kommunistischen Arbeitern gemeinsam gegen einen Trupp uniformierter Nazistrolche zur Abwehr vor. Einer der braunen Verbrecher gab einen Schuß ab, der glücklicherweise niemanden traf.

Freche Nazi-Provokation in der Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses

Gestern vormittag erschienen in der Nähe des Karl-Liebknecht-Hauses plötzlich 12 bis 15 SA.-Banditen. Sie schlugen einen jüdisch aussehenden, ärmlich gekleideten Passanten nieder. Einer der Provokateure zog eine Pistole. Als sich die Arbeiter ansammelten, verdufteten die Provokateure aus der Hedemannstraße schnellstens. Wenige Minuten darauf fuhr ein Privatwagen, besetzt von uniformierten Hakenkreuzlern, und ein Nazi auf dem Motorrad am K.-L.-Haus vorbei. Der Motorradler brüllte: „Wir kommen heute noch mal wieder."

Diese Provokationen reihen sich würdig in all die anderen Achtgroschenjungenstückchen der Fälscherbande aus der Hedemannstraße ein.

Die Naziüberfälle am Karl-Liebknecht-Haus sollen weiter nichts als der Severing-Polizei einen Vorwand liefern, das Haus der KPD. zu besetzen oder zu schließen.

Hier enthüllt sich also wiederum, daß die Nazipartei der Grzesinski-Polizei in die Hände spielt.

★

Alle vorstehenden Tatsachen geben ein Bild, wie die Nazipartei in Berlin versucht, den blutigen Bürgerkrieg gegen die Arbeiterschaft zu entfachen, die sich gegen Hunger und Faschismus wehrt. Jeder Arbeiter, ob er das Mitgliedsbuch der SPD. oder des Reichsbanners in der Tasche hat, ist mit den Kommunisten der Meinung: daß ein Massenaufmarsch der hunderttausende Berliner Antifaschisten einen gewaltigen Faustschlag für die Faschisten bedeutet.

Grzesinski hat die von der Kommunistischen Partei für den heutigen Donnerstag geforderte Demonstrationsfreiheit verweigert. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hat den Aufmarsch gegen die nationalsozialistischen Bürgerkriegsbanden, die Berlin in ein Blutmeer verwandeln wollen, verboten.

Entfaltet heute in allen Arbeitervierteln, in den Betrieben, auf den Stempelstellen, überall, wo ihr seid, Massendiskussionen über diese Maßnahmen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Diskutiert über die Formierung der roten Einheitsfront, über die Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse gegen die faschistischen Terrorbanden, gegen die faschistischen Notverordnungen der Papenregierung und der Severingregierung!

Grzesinski-Polizei macht es so, wie es der SA. paßt

Rote-Hilfe-Versammlung in Buchholz aufgelöst — Polizei verhindert proletarischen Saalschutz und läßt die Nazis provozieren — Sichert unsere Versammlungen!

Am Dienstag, dem 21. Juni, löste die Polizei Grzesinskis eine Versammlung der Roten Hilfe in Buchholz auf, in der Leutnant a. D. Giesecke und Rechtsanwalt Litten sprachen. Die Polizei erfüllte mit dieser ungeheuerlichen Maßnahme die Absicht der Nazis, die mit 500 aus ganz Berlin zusammengezogenen SA.-Leuten nach Buchholz gekommen waren.

Wie die Polizei vorging

Der Saal des Schützenhauses war vor Beginn der Versammlung von Mitgliedern des proletarischen Selbstschutzes besetzt. Als die SA. erschien, drang die Polizei in den Saal. Die Türen wurden abgeschlossen und die Arbeiter in eine Ecke zusammengedrängt. Diese Ecke wurde durch eine Barriere von Tischen vom übrigen Saal abgesperrt. Jetzt öffnete die Polizei wieder den Saal, und die Nazis durften hereinspazieren. Die Türen wurden geschlossen, und die Versammlung begann. Die sich unter dem Schutz der Polizei stark fühlenden Hakenkreuzler fingen sofort an zu toben. Der Genosse Giesecke setzte sich aber durch. Seine Ausführungen machten auch auf viele Nazis Eindruck.

Als der Versammlungsleiter die Anordnung des Polizeihauptmanns bekannt gab, daß über Polizei, Regierung, Behörden usw. nicht gesprochen werden dürfe, schrie ein Teil der Nazis „Bravo". Die Führer der SA. erklärten, eine Diskussion sei für sie nicht möglich, und kniffen vor der öffentlichen Aussprache. Schließlich erklärte der Polizeihauptmann die Versammlung für aufgelöst.

Mit dem Gebrüll „Auf, nach Felseneck wollen wir marschieren" rückten die Nazis unter dem Schutz der Polizei ab.

Indessen wurden die Arbeiter im Saal von der Polizei zurückgehalten. Auf der Straße hatten sich inzwischen hunderte Arbeiter angesammelt, die erregt gegen die Polizeimaßnahmen, gegen die SA.-Banditen protestierten. Ein Reichsbannerarbeiter erklärte sich bereit, 50 bis 60 Mann zur Abwehr der Faschisten zu mobilisieren. Ein Teil der Reichsbannerarbeiter befand sich bereits in einem Lokal.

Nach der Räumung des Saales bildete sich spontan eine Demonstration von Arbeitern, die bis nach Pankow zog.

In dem geräumten Versammlungslokal wurden später Ofentüren und Eisenteile gefunden, die die Nazis hereingeschleppt hatten.

Diese Vorfälle sind wieder ein Beweis dafür, daß die Grzesinskipolizei dem Faschismus den Weg bahnt. Die System-Armee Hitlers und die Polizei stehen in einer Front gegen die Arbeiterklasse. Am kommenden Freitag findet abends 8 Uhr im Lokal Rossock, Hauptstraße 71, eine öffentliche Erwerbslosenversammlung statt, die zu den Vorfällen am Dienstag Stellung nehmen wird. Alle sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter von Buchholz sind eingeladen.

Sichert die Einheitsliste werktätiger Eltern!

Freche Uebergriffe der Wahlvorstände — Mobilisiert alles zu den roten Elternbeiratswahlen

Unerhört sind die Uebergriffe einer ganzen Reihe von Wahlvorständen gegen die „Einheitsliste der werktätigen Eltern". Unter allen möglichen und unmöglichen Vorwänden werden immer häufiger Listen, die völlig in Ordnung sind, als ungültig zurückgegeben.

In der 55. Schule, Friedenstraße 16, hat der christliche Wahlvorstand dem Listenführer der Einheitsliste mitgeteilt: „Die von Ihnen eingereichte Liste ist nach erfolgter Abstimmung gegen eine Stimme heute abgelehnt. J. A. Schmidt." Für diese Ablehnung wurde noch nicht einmal ein Grund mitgeteilt.

In der 234. Schule in der Straßmannstraße wurde die Einheitsliste als ungültig zurückgegeben, weil von 20 Unterschriften angeblich nur 19 stimmberechtigt waren.

In der 181. weltlichen Schule, Diestelmeierstraße, wurde die Einheitsliste deshalb für ungültig erklärt, weil u. a. eine Frau die Unterschrift für ihren Mann als Kandidaten gegeben hatte.

Die Ablehnung der Einheitsliste geschah unter sehr merkwürdigen Umständen auch in der 6. Gemeindeschule in der Apostel-Paulus-Straße! Wie gegnerische Wahlvorstände nach Ablehnungsgründen suchen, beweist gerade dieses Beispiel: In der 6. Gemeindeschule meinte der Wahlvorstand zunächst, eine Ablehnung müßte schon deshalb erfolgen, weil das Wort Einheitsliste zu Irrtümern führen könne.

Und noch ein Beispiel, wie die Einheitsliste als „ungültig" erklärt wird: Einige der Spitzenkandidaten der Einheitsliste an der 159. Gemeindeschule in der Bergmannstraße, erhielten vom Wahlvorstand den Bescheid, daß die Liste ungültig sei, weil einer der Kandidaten wegen Krankheit nicht annehmen kann. In Wirklichkeit war der Kandidat durch eine fromme Schwester der Kirche und durch den Wahlvorstand selber damit eingeschüchtert und wankend gemacht worden, daß ihm gesagt wurde,

er würde großen Schaden von seiten des Wohlfahrtsamtes zu tragen haben, wenn er auf der Einheitsliste bliebe.

Werktätige Eltern! Die Einheitsliste ist eure Liste. Laßt euch durch die zahllosen Behinderungsversuche der Wahlvorstände nicht irre machen, protestiert, kämpft dagegen. Teilt uns die versuchten Sabotageakte mit, setzt jetzt erst recht eure Kraft ein für eure Einheitsliste.

Auftakt zur Antifaschistischen Aktion! Arbeiter, am Donnerstag, Freitag, Sonnabend flaggt alle rot!

Plakate der Antifaschistischen Aktion müssen aus jedem Fenster der Arbeiterwohnungen leuchten! (Plakate erhaltet ihr in allen Parteilokalen.)

Arbeiter-Berlin in Antifaschistischer Aktion

Wieder 5 Exmittierungen durch Massensolidarität verhindert

Drei überfüllte rote Kundgebungen im Osten — SPD.-Arbeiter in antifaschistischen Einheitskomitees — Reichsbannermitglieder mit uns auf der Wacht gegen SA.-Terror — Erwerbslose rüsten zur Bezirkskonferenz

Der Wille zur roten Einheitsfront in allen Arbeitervierteln und Quartieren Berlins ist stärker als der schmähliche Verrat der sozialdemokratischen Führer. Jeden Tag legen zahlreiche gemeinsame Kampfaktionen sozialdemokratischer und kommunistischer Arbeiter gegen Faschistenterror, gegen Exmittierungen, gegen die Hungermaßnahmen der Papen- und Severing-Notverordnungen davon Zeugnis ab.

Gerichtsvollzieher mit „Internationale" empfangen

Am letzten Dienstag sollten auf dem Laubengelände am Triftweg in Lichtenberg drei Arbeiterfamilien exmittiert werden. Viele Erwerbslose hatten sich eingefunden und übten Solidarität. Der Gerichtsvollzieher mußte unter dem Gesang der „Internationale" umkehren. Der antifaschistische Massenselbstschutz ist im Laubengelände auf dem Posten. Weder die Gerichtsvollzieher noch die Nazis können eindringen. Alle Arbeiter stehen geschlossen zum Schutz ihrer Einrichtungen zusammen. Hakenkreuzfahnen hängen hier nicht lange.

★

In der Schubartstraße 17 in Borsigwalde sollte der Mieter Gaede aus seiner Wohnung gesetzt werden. Als die Möbel bereits auf der Straße standen, wurden die Mitbewohner aufmerksam. Revolutionäre Erwerbslose riefen alle Mieter zur Solidarität. Sie brachten die Möbel wieder in die Wohnung zurück. Der Gerichtsvollzieher war gezwungen, die Exmittierung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Gaede, der Mitglied des Stahlhelms ist, äußert seine Begeisterung für die Solidaritätsaktion schriftlich. Er schreibt:

„Ich bestätige hiermit ohne irgendwelchen Zwang, daß die Kommunisten von Borsigwalde die einzigen waren, die mir, obgleich ich Mitglied des Stahlhelms bin, die gegen mich ausgeführte und vollzogene Exmittierung verhinderten. Die schon auf der Straße befindlichen Möbel wurden mir trotz Eintreffens des Ueberfallautos wieder in die Wohnung gesetzt. Ich werde bei meinen Parteigenossen jederzeit diese wahre Tat der Solidarität bekennen und die Partei der KPD. in ihren Bestrebungen zur Einheitsfrontschaffung bei meinen Parteigenossen eingreifen.

Unterzeichnet: Erich Gaede, Martha Gaede."

Auch in Moabit, im Hause Turmstraße 50verhinderte die Solidaritätsaktion der Erwerbslosen die Exmittierung der Familie Kutsch. Die Exmittierung mußte durch den Druck zunächst um 5 Tage verschoben werden.. Begeistert von ihrem Erfolg diskutierten die Erwerbslosen noch lange. Sie protestierten besonders gegen die Papen-Notverordnung und bevorstehende restlose Erhebung der Hauszinssteuer. Alle forderten den Mieterstreik. Bei den Diskussionen wurde eine Erwerbslose als Delegierte zum Bezirkskongreß der Erwerbslosen am 9. Juli gewählt.

Erwerbslose im Kampf gegen Hunger

Gestern vormittag versammelten sich über 500 Erwerbslose auf dem Wohlfahrtsamt Petersburger Straße. Es war bekannt geworden, daß das Wohlfahrtsamt vom 22. Juni bis 1. Juli geschlossen werden soll, daß keine Anträge mehr angenommen werden. Erregte Diskussionen über den neuen Unterstützungsabbau und die Hauszinssteuererhebung entwickelten sich. Ueberall, vom Parterre bis in das Stockwerk kam es zu Protestkundgebungen. Sprechchöre riefen gegen Unterstützungsabbau und Faschismus. Ansprache wurden gehalten. Die alarmierte Polizei versuchte die Erwerbslosen aus dem Gebäude zu jagen. Diese verlangten jedoch erst die Erledigung ihrer Anträge. Einige Fensterscheiben gingen kaputt. Auch auf der Straße bildeten sich größere Ansammlungen. Die Erwerbslosen beschlossen, eine Delegation zum Betriebsrat vom Viehhof zu schicken, um gemeinsame Kampfmaßnahmen festzulegen.

Stempelstelle Stralauer Platz steht geschlossen gegen SA.-Terror. Der vor einiger Zeit gewählte Erwerbslosenausschuß hielt gestern eine Versammlung der erwerbslosen Bäcker ab.

Zwei Delegierte zum Bezirkskongreß der Erwerbslosen wurden gewählt.

32 erwerbslose Bäcker traten in den Massenselbstschutz ein. Alle beschlossen, das Abzeichen der Antifaschistischen Aktion zu jeder Zeit zu tragen.

★

Gestern fand im Köpenicker Stadttheater eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt, die sich mit Mißständen im Wohlfahrtsamt, mit der Papenschen Notverordnung und dem Kampf gegen den faschistischen Terror befaßte. Für die Schutzstaffel trugen sich 20 Erwerbslose ein. 15 Erwerbslose wurden als Delegierte zur Bezirkskonferenz der Erwerbslosen gewählt.

Antifaschistische Aktion in Berlin-Osten

Im Osten Berlins fanden 3 überfüllte Massenversammlungen statt. Der Saalschutz im Friedrichsfelder Gesellschaftshaus wurde von einer Gruppe von 25 bis 30 Reichsbannerarbeitern unterstützt. Nazis, die die Versammlung „auf den Leisten kloppen" wollten, verkrochen sich schnell in ihre Kaserne bei Uhlke. Vor überfülltem Saal sprach der Genosse Eckert.

Ein Einheitskomitee, das sich aus 3 SPD.-Arbeitern, 3 parteilosen und 5 KPD.-Mitgliedern zusammensetzt, wurde gewählt.

Zahlreiche Arbeiter trugen sich in die Listen des Massenselbstschutzes ein.

★

Lange vor Beginn der Kundgebung sammelten sich Arbeiter vor dem „Frankfurter Hof." In der Proskauer Straße wurde ein provozierender SA.-Trupp nach Hause geschickt. Auch diese Versammlung war überfüllt. Hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Ein Einheitskomitee von 15 Arbeiter wurde gewählt. Nach Schluß der Versammlung stand der proletarische Massenselbstschutz, dem sich 100 Reichsbannerarbeiter anschlossen, bis in die späten Nachtstunden auf der Wacht gegen geplanten Naziterror. Die Hakenkreuzler wagten sich nicht aus ihrem Schlupfwinkel in der Petersburger Straße hervor.

★

Auch in den Fortuna-Sälen in der Strausberger Straße wurde im überfüllten Saal ein Einheitskomitee von 13 Mitgliedern gewählt. Viele Versammlungsteilnehmer wurden Mitglieder des Massenselbstschutzes.

In allen drei Versammlungen wurden Entschließungen gegen die Papenregierung, gegen den faschistischen Terror, gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion angenommen.

Bergstraße 79 für Mieterstreik

Rote Einheitsfront gegen Mieterhöhung durch Preußennotverordnung wächst!

Dieser Tage fand eine überfüllte Versammlung der Mieter des Hauses Bergstraße 79 statt, zu der auch viele Bewohner der umliegenden Häuser erschienen waren. Die Versammlung beschloß einstimmig, gegen die neue Mieterhöhung durch die preußische Notverordnung den Mieterstreik zu organisieren.

Die Ansprache eines revolutionären Mieters fand den Beifall aller Versammelten. Fast alle Mieter sind Wohlfahrtserwerbslose. Unter ihnen befanden sich viele sozialdemokratische Arbeiter und Nazianhänger. Der Referent wies darauf hin, daß nur die rote Einheitsfront aller Arbeiter die faschistischen Notverordnungen bekämpfen kann. In der Diskussion, in der u. a. auch ein Nazisympathisierender sprach und sich vorbehaltlos für die Organisierung des Kampfes gegen Mieterhöhung und Papen-Regierung aussprach, wurden auch die unerhörten Mißstände im Hause Nummer 79 angeprangert. Die Klosetts starren vor Schmutz. Mehrere Wohnungen sind feucht usw.

Die versammelten Mieter beschlossen, den Mieterstreik zu organisieren und zu diesem Zweck einen Mieterrat vorerst für das Haus Bergstraße 79 zu wählen. Der Mieterrat bekam die Aufgabe 1. die nicht erschienenen Mieter zu bearbeiten, um

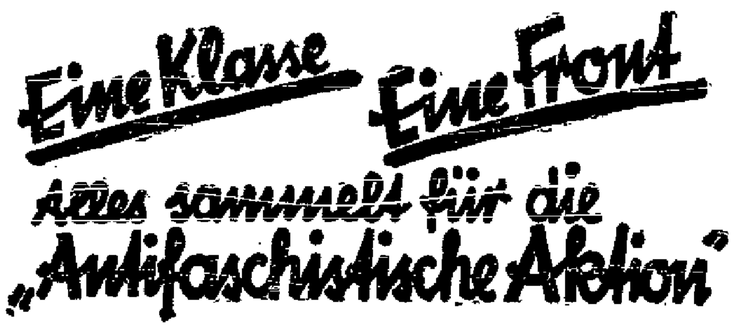
auch sie für den Mieterstreik am 1. Juli zu mobilisieren und die Bewegung auch in den Nachbarhäusern in Gang zu bringen.

Folgt dem Beispiel des Hauses Bergstraße 79. Haltet überall Mieterversammlungen ab. Bildet Mieterräte, macht mobil zum Kampf gegen die ab 1. Juli eintretende Mieterhöhung.

Der frühere Bankangestellte Sedelmeyer wurde wegen Verdachts der Devisenschiebung von seiner Erholungsreise am Bodensee zur Vernehmung nach Berlin gebracht.

★

Ein tragischer Unglücksfall ereignete sich gestern im Hause Richardstraße 100 in Neukölln. Das greise Ehepaar Gutmann wurde durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Das Ehepaar soll, wie die Polizei mitteilt, nach dem Kochen den Gashahn nicht richtig zugeschlossen haben.



Theodor Plivier:

Der Kaiser ging, die Generale blieben

Copyright by Malik-Verlag, Berlin.

4. Fortsetzung

Eine unübersehbare Menge schwerster Delikte:

Zusammenrottungen der Mannschaften! Versammlungen, in denen geplant wurde, das Inseegehen der Flotte zu verhindern! Die Matrosen verweigern das Ankerhieven! Die Heizer halten die Feuer so niedrig, daß die Schiffe nicht fahren können, oder sie löschen die Feuer ganz! Bedrohungen und Tätlichkeiten gegen Vorgesetzte! Teile der Mannschaften bewaffnen sich mit Gewehren, andere besetzen die Geschütze! Aber es wird festgestellt, daß eine einheitliche Führung der Bewegung zu fehlen scheint. Die Mannschaften widersetzen sich nur dem Inseegehen der Schiffe. Nachdem es ihnen gelungen ist, den Vorstoß zu verhindern, haben sie ihren Dienst wieder aufgenommen.

Das Flottenkommando beschließt, eine Reihe von Massenverhaftungen durchzuführen. Der Dampfer „Frankfurt" vom Norddeutscher Lloyd wird zur Unterbringung einer großen Anzahl von Leuten bestimmt. Die Arrestanstalten von Wilhelmshaven sollen weitgehend freigemacht werden. Zwecks Durchführung der Verhaftungen werden Hafendampfer requiriert. Zur Verhaftung der Meuterer auf „Helgoland" und „Thüringen" wird ein besonderer Plan ausgearbeitet, für den eine kriegsstarke Kompanie Seesoldaten, ein Torpedoboot und ein U-Boot gestellt werden. Die Boote bekommen den Auftrag, nötigenfalls mit Granaten in die Vorbatterie, in der die Meuterer sich verschanzt haben, hineinzuschießen. Der Chef des III. Geschwaders, zu dem auch der „Große Kurfürst" gehört, erhält die Erlaubnis, mit seinen Schiffen nach Kiel zu fahren. Der Admiral erklärt, seine Leute wieder fest in der Hand zu haben, und in Kiel würden sie auf andere Gedanken kommen.

Am nächsten Tag werden die Verhaftungen durchgeführt.

Der mit den Verhafteten von der „Thüringen" zurückkehrende Hafendampfer wird von den Mannschaften der ankernden Flotte mit „Hurras" begrüßt. Die Matrosen des Flaggschiffes „Friedrich der Große" dippen vor den vorbeifahrenden Meuterern die Flagge.

Zur selben Zeit geht die schnelle Division „Anker auf".

Die vier Schiffe verlassen die Jade. Am Rote-Sand-Leuchtturm wechseln sie Kurs, dampfen die Elbe hoch und schleusen bei Brunsbüttelkoog in den Nord-Ostseekanal ein.

Langsam ziehen die Schiffe durch den Kanal, zwischen den flachen Feldern Schleswig-Holsteins dahin.

Die Matrosen machen wie immer ihren Dienst.

Die Heizer bedienen wie immer die Feuer.

Die Unteroffiziere singen wie immer Befehle aus.

Wie immer winkt an der Böschung ein Bauernmädchen.

Auch die Gerichtsoffiziere arbeiten wieder und beginnen mit Massenverhören.

Die Mannschaft ist nach den Zusammenrottungen der Nacht wieder in Teile, in tausend einzelne, zerfallen, die jeder für sich Rede und Antwort zu stehen haben. Die aufgerufenen Heizer und Matrosen kommen gehorsam und machen ihre Aussagen. Aber mit den Aussagen kann der Gerichtsherr nicht viel anfangen. Alle Beschuldigten sagen dasselbe aus und alle verschanzen sich hinter das Dunkel, in dem die Ereignisse sich abspielten:

„Ich habe erzählen hören, aber es war alles finster, und so konnte ich niemand erkennen — — ja, das hat jemand gerufen, aber mit verstellter Stimme — — alle liefen in den Heizraum runter, und da bin ich eben mitgelaufen; unten habe ich nichts gesehen, da war das Licht aus — — ich habe an der Versammlung in der Vorbatterie nicht teilgenommen, ich ging dahin, weil ich austreten mußte; es standen eine Menge Menschen herum, aber ich sagte mir, ich will mit der Sache nichts zu tun haben. Nein, auf einzelne kann ich mich nicht entsinnen — — ich habe in den verschiedenen Taschen Patronen klappern hören, aber mein Leben ist mir lieb, darum blieb ich in meiner Hängematte. Der Matrose Sonnenkalb, der neben mir schläft, kann das bezeugen — — es wurde gerufen ‚Heizerfreiwache in den Heizraum'. Ich dachte, es ist ein Befehl, da bin ich eben mitgelaufen — —"

Jakob Bonczyk ist an der Reihe.

„Aber Sie waren doch auf Wache. Sie müssen doch gesehen haben, wie sich alles zugetragen hat, Bonczyk!"

„Ich bin doch Trimmer, und da habe ich Asche zu hieven. Ich war an Deck mit den Aschepützen zugange und denke dabei an gar nichts. Und mit einem Male werden unten keine Pützen mehr an den Haken gehängt und keine Asche kommt mehr nach oben. Und wie ich dann runtergehe und unten ankomme, da ist alles voller Leute ..."

„Da waren wohl auch fremde Leute, die nicht in den Heizraum hineingehören?"

„Ja, da waren wohl auch fremde Leute dabei."

„Na, also, wen haben Sie zum Beispiel gesehen?"

„Da waren viele, aber das Licht war doch aus und alles dick voll Dampf, daß ich überhaupt nichts sehen konnte."

Der Gerichtsoffizier stöhnt:

„Abtreten! Der Nächste!"

Der Nächste ist Raumschuh.

Raumschuh ist noch immer der Meinung, daß die Zeit des „Versteckspielens" vorbei sei. Er steht vor dem Untersuchungsrichter und antwortet auf die Fragen: „Jawohl, ich habe mich am Feuerherausreißen beteiligt. Ich hielt den Vorstoß für zwecklos. Nach meiner Meinung hätte er auch die Friedensverhandlungen gestört — — jawohl, ich war mit bewußt, daß ich mich durch mein Verhalten strafbar mache, aber ich konnte innerlich einfach nicht dagegen angehen!"

„Danke, das genügt vorläufig!"

Der Gerichtsoffizier läßt Raumschuh abführen.

Endlich einer, der ausgesagt hat — aber die andern! Er hat eine Liste von über hundert Beschuldigten vor sich liegen, die man erst in tage- und wochenlangen Vernehmungen und in der Einzelhaft des Untersuchungsgefängnisses wird mürbe machen können. Und der Kriegsgerichtsrat beginnt zu ahnen, daß Deutschland nicht mehr genug Gefängnisse für die immer größer werdende Menge von Uebertretern der Kriegsgesetze zur Verfügung hat.

Abends fährt das Geschwader in den Kieler Hafen ein.

„Markgraf", „Kronprinz" und „Großer Kurfürst" machen auf der Reede an den Bojen fest. SMS. „König" fährt weiter bis in die Werft, um in das große Schwimmdock einzuschleusen.

An diesem Abend bekommt niemand Urlaub.

Nur die Barkasse wird klargemacht und bringt den Kommandanten und den Gerichtsoffizier an Land. Am nächsten Morgen legen Hafendampfer neben den Schiffen an — wie in Wilhelmshaven besetzt von Seesoldaten mit aufgepflanzten Seitengewehren.

(Fortsetzung folgt.)

Appell!

An alle Mitglieder des Industrieverbandes für das Baugewerbe, an alle Bauarbeiter Berlins!

Kollegen Bauarbeiter!

Die gesamte Bauarbeiterschaft und darüber hinaus die ganze deutsche Arbeiterklasse steht vor schicksalsschweren Entscheidungen. Der Faschismus hat nach Aufhebung des SA.-Verbotes mit den brutalsten Mitteln zur vollständigen Niederschlagung nicht nur der revolutionären, sondern der Arbeiterbewegung überhaupt angesetzt. Dies beweisen zur Genüge die in den letzten Tagen durch die „Rote Fahne" gemeldeten SA.-Ueberfälle auf die Arbeiterschaft in Wuppertal, Düsseldorf, Neukölln und weitere.

Große siegreiche Abwehrmaßnahmen der immer aktiver vorstoßenden antifaschistischen Front aller Arbeiter ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit und politischen Ueberzeugung wurden ausgelöst.

Die von der KPD. vor kurzem erlassenen offenen Aufrufe an alle Arbeiterorganisationen, das Schreiben an den ADGB., an die SPD. und das Reichsbanner fallen auf fruchtbaren Boden. Die breite Masse der Arbeiterschaft begreift immer mehr, daß ihr fester Zusammenschluß zur gemeinsamen Abwehr nicht nur des Faschismus, sondern auch zum Kampf gegen Notverordnung, Unterstützungsabbau, Abbau der Löhne, für Verbesserung der Lebenshaltung, Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsverbotes eine zwingende Lebensnotwendigkeit ist.

In einer Zeit der allerschärfsten Zuspitzung der Klassengegensätze darf keine Organisation, die für sich in Anspruch nimmt als eine proletarische zu gelten, sich abseits des von der KPD. erlassenen Aufrufes zur Herstellung der Einheitsfront stellen.

Kollegen Bauarbeiter! So müßte es sein! — Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Versuchen die reformistischen Führer des ADGB., der Bundesleitung, des Reichsbanners und der SPD., sich mit demagogischen Kniffen vor der Schaffung der Einheitsfront zu drücken und sabotieren zum größten Teil dieselben auch direkt, **so enthüllt der Zentralvorstand und Beirat des IWfdB. sein wahres Angesicht und entpuppt sich offen als bewußter Saboteur einer jeglichen Einheitsfront im revolutionären Sinne.**

In der Stunde der größten Gefahr für die Gesamtarbeiterklasse ging er zur offenen Spaltung der eigenen Organisation über.

Die Vereinsvorstandsmitglieder des Berliner Bezirksvereins, Dröske, Orzalkiewicz, Scheel und Ullrich sowie ein Teil Funktionäre wurden wegen ihrer Opposition gegen schwere Mißstände innerhalb der Organisation sowie wegen ihrer politischen Gegensätze einfach ausgeschlossen.

„Wer mit der KPD. in Beziehungen tritt, ist konterrevolutionär", führte das Beiratsmitglied Monis (München-Gladbach) unter dem Beifall des gesamten Zentralvorstandes und Beirates sowie von einigen Mitgliedern des Vereinsvorstandes in der Beiratssitzung am Sonntag, dem 19. Juni, aus.

Kollegen! Ist dies die Auffassung der Gesamtmitgliedschaft? Wir sagen nein und abermals nein! Die Mitglieder des IWfdB. stehen mit wenigen Ausnahmen als revolutionäre Bauarbeiter zur kommunistischen Bewegung. Der beste Beweis dafür war die letzte Generalversammlung vom 6. Juni 1932.

Die von der Schiedskommission getätigten Urteile auf Funktionsenthebung der Kollegen Döske, Orzalkiewicz und Ohlmeier wurden aufgehoben, die Schiedskommission abgesetzt und dem gesamten Zentralvorstand das Mißtrauen ausgesprochen.

Dies war der Anlaß für den Zentralvorstand zur Spaltung. Jeder Kollege, der es nur wagt, in irgendeiner Beziehung Kritik zu üben, wird auf Grund des Artikels 48 ausgeschlossen.

Folgendes Schreiben wurde dem 2. Vorsitzenden, Kollegen Orzalkiewicz, am Montag, dem 20. Juni 1932, im Büro übergeben:

Berlin, den 20. Juni 1932.

Für den Kollegen Leo Orzalkiewicz, hier.

Beschluß:

Der Verbandsbeirat beschließt auf Grund des Auftrages durch den außerordentlichen Verbandstag 1931, von sich aus den Verbandstagsbeschlüssen Geltung zu verschaffen, die Kollegen Paul Dröske und Leo Orzalkiewicz wegen fortdauernden organisationsschädigenden Verhaltens aus dem Industrieverband für das Baugewerbe auszuschließen.

Sämtliches in ihren Händen befindliche Verbandsmaterial ist sofort abzuliefern.

Sie haben sofort das Verbandsbüro zu verlassen.

Es wird ihnen untersagt, das Büro wieder zu betreten.

Kollege Leo Orzalkiewicz, wir teilen Dir hierdurch den vorstehend gefaßten Beiratsbeschluß mit und ersuchen Dich, diesem sofort Folge zu leisten.

Stempel.

J. A.: Schiele. J. A.: W. Hempel.

Aehnliche Schreiben haben die ebenfalls ausgeschlossenen Unterzeichner des Appells erhalten.

Hundertprozentig bewahrheitet sich die Schreibweise der „Roten Fahne" von Ende Januar 1932.

Die von der Generalversammlung abgesetzte Schiedskommission wurde diktatorisch wieder in Funktion gesetzt, an Stelle des Kollegen Dröske Falkenberg als 1. Vorsitzender kommissarisch bestellt. Massenhaft werden weitere Ausschlüsse folgen.

Die ausgeschlossenen Kollegen des Vereinsvorstandes und die Funktionäre erkennen diesen Ausschluß nicht an, sondern rufen der Gesamtmitgliedschaft des Bezirksvereins Berlin zu:

Stellt euch restlos hinter euren durch Urwahl gewählten Vereinsvorstand!

Nehmt in allen Bezirksversammlungen, Bau- und Stempelstellen Stellung zur Situation im IWfdB. und fordert als Referenten die ausgeschlossenen Vorstandsmitglieder und Funktionäre!

Hinweg mit diesem Zentralvorstand, der jedes Mitbestimmungsrecht der Mitglieder mit Füßen tritt!

Unterstützt uns in der Schaffung der wirklichen Einheitsfront, wie sie in dem Aufruf der Kommunistischen Partei verankert ist!

Ihr habt in der letzten Generalversammlung einstimmig eine diesbezügliche Entschließung angenommen, sorgt für deren strikteste Durchführung.

Erzwingt die Durchführung eurer gefaßten Beschlüsse auch gegen den Willen der Saboteure im Zentralvorstand.

Funktionäre und Mitglieder! Befolgt nur unsere Anweisungen!

Aber über die Mitglieder des IWfdB. hinaus, wenden sich die Unterzeichneten an die gesamte Groß-Berliner Bauarbeiterschaft und rufen ihr zu:

Ernst ist die Stunde! Es kann kein Zögern mehr geben!

Zur Schaffung einer großen Einheitsbewegung der Berliner Bauarbeiterschaft zum wirklichen aktiven Kampf gegen Faschismus und weitere Verelendung, für die Mobilisierung von Wirtschaftskämpfen beruft der ausgeschlossene Vorstand des IWfdB. eine große öffentliche Kundgebung aller Bauarbeiter Groß-Berlins, ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit zum

Dienstag, dem 28. Juni, 19 Uhr, im Saalbau Friedrichshain

am Friedrichshain ein.

Zu dieser Kundgebung wird der erste Vorsitzende des IWfdB., Schiele, aufgefordert, das Korreferat zu übernehmen. Bauarbeiter, erscheint in Massen zu dieser äußerst wichtigen Kundgebung!

Für den Vereinsvorstand: Dröske, Orzalkiewicz, Scheel, Ullrich.

Thyssens Knechte morden

Blutige Zusammenstöße zwischen provozierenden Nazis und sich wehrenden Arbeitern

Solingen, 22. Juni. Nazis versuchten heute Morgen an der Stempelstelle die Erwerbslosen zu provozieren. Die Erwerbslosen setzten sich zur Wehr und vertrieben die Nazis von der Stempelstelle.

Kiel, 22. Juni. Die Nazis zogen gestern abend provozierend durch die Innenstadt, wobei es zu ständigen Zusammenstößen kam. Die Nazis schossen wie wild um sich. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte.

Jungarbeiter von SA. erstochen

Essen, 22. Juni. Gestern abend wurde der Jungkampfbündler Heinrich Mertens von Nazibanditen hinterrücks erstochen.

Nazis erstechen Reichsbannerführer

Koethen (Anhalt), 22. Juni. Von Faschisten wurde der hiesige Reichsbannerführer Ingenieur Mack durch drei Messerstiche lebensgefährlich verletzt. Er ringt im Krankenhaus mit dem Tode.

Saalschlacht in Andernach

Andernach, 22. Juni. In einer Naziversammlung, in der ein infamer Verleumder gegen die Sowjetunion sprach, kam es zu einer regelrechten Saalschlacht. Die Arbeiter ließen sich die niederträchtigen Lügen über die Sowjetunion nicht gefallen, worauf die SA. mit Stuhlbeinen gegen die Arbeiter vorging. Die Saaleinrichtung ging ziemlich in Trümmern.

Schlacht um ein Dorf

Das Ullsteinsche „Tempo" meldet aus Halle: „Vergangene Nacht kam es um das Dorf Bornstedt im Mansfeldischen zu einer regelrechten Schlacht zwischen Kommunisten und SA.-Leuten. Die SA.-Leute, die in Uniform in großen Trupps anmarschiert kamen, wurden von den Kommunisten mit einem Steinhagel empfangen.

Es kam zu einer erbitterten Schlägerei, bei der drei SA.-Leute so schwer verletzt wurden, daß sie mit dem Krankenwagen weggebracht werden mußten. Die Kommunisten schlugen die Nationalsozialisten zurück und schleppten zwei von ihnen in den Wald.

Unter Todesdrohungen zwangen die Kommunisten ihre Gefangenen, die Uniformen auszuziehen. Unterdessen hatten die Nationalsozialisten Verstärkung herangezogen, die nun die Kommunisten mit Steinwürfen angriffen und sie vertrieben."

Proletarischer Bereitschaftsdienst an der Ruhr

Essen, 22. Juni. Seit einigen Tagen zeigen die Arbeiterviertel der Städte des Ruhrgebiets eine neue Erscheinung: den proletarischen Bereitschaftsdienst. Arbeiter in schwarzen Kitteln mit roten Armbinden patrouillieren in Gruppenstärke durch die Straßen. Wo Faschisten auftauchen, wird ihnen heimgeleuchtet. Durch diesen Bereitschaftsdienst wurden bereits eine Reihe Naziüberfälle im Keim erstickt. — In Herne, wo eine Kompagnie SA. die Bevölkerung zu terrorisieren versuchte, verloren 25 SA.-Leute bei der Gelegenheit ihre nagelneuen Uniformen. Sie wurden in Unterhosen nach Hause geschickt.

„Kommunisten auf der Stelle erschießen"

SPD.-Führer fordert: Reichsbanner mit SA. und Schupo in die „Front der Ordnung"

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse überschlägt sich in einer skruppellosen und wahnwitzigen Hetze gegen die Kommunisten. Es gibt kaum eine Zeitung, in der nicht offen oder versteckt zum Verbot der Kommunistischen Partei aufgefordert wird. In diesem Kampf stehen Faschisten und Sozialdemokraten Arm in Arm. Dafür nur zwei Beispiele.

SPD. für faschistische Ordnung!

Der SPD.-Führer Grabbert in Harburg erklärte in einer Distriktsversammlung:

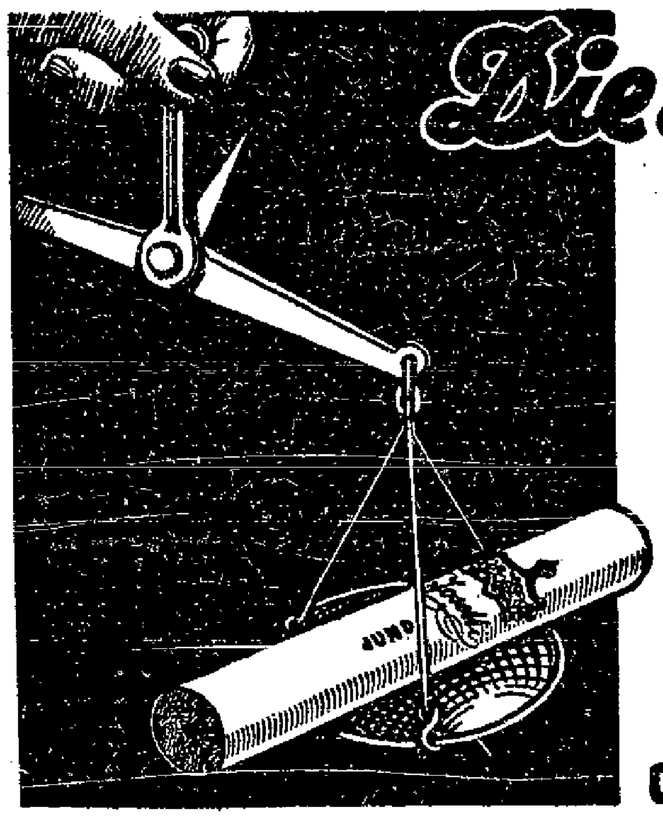
„Im Wahlkampf sind für uns nicht die Nazis, sondern die Kommunisten die gefährlichsten Gegner. Es ist möglich, daß die SA. zu einem legalen Instrument der Staatsgewalt wird. Wenn dann die Kommunisten Dummheiten (!) machen, kann es sein, daß das Reichsbanner in der „Front der Ordnung" mit SA. und Polizei gegen die Kommunisten vorgehen muß."

„Fort mit diesem Mordgesindel!"

Die naziirreundlichen „Hamburger Nachrichten" schreiben am 20. Juni:

„Wer mit der Waffe in der Hand kämpfend getroffen wird, sollte nicht erst vor den Richter gebracht werden, sondern die Polizei müßte das Recht haben, diese Mordbuben auf der Stelle zu erschießen. Jeder erschossene Kommunist bedeutet Leben für viele Hunderte von Bürgern. „Unschuldige" Kommunisten gibt es nicht — also fort mit diesem Mordgesindel!"

Das ist unverhüllte weiße Mordhetze gegen das revolutionäre Proletariat. Antwortet in Massen in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln: Einheitlicher Zusammenschluß aller Arbeiter und Werktätigen zur Antifaschistischen Aktion!



Die Leistung gibt den Ausschlag

für die Beliebtheit der Juno!

Nur was in ihr steckt,

die Frische ihrer köstlichen Tabake und ihr volles Format, schätzen die Kenner!

Weil den Packungen der

JUNO

weder Wertmarken, noch Gutscheine oder Stickereien beigegeben sind, gewährleisten wir

die beste Qualität jeder Juno Cigarette!

Neue Papen-Pläne gegen die Arbeitslosen

Mehr als 5½ Millionen Arbeitslose — Weitere Zehntausende ausgesteuert — Arbeitslose, Betriebsarbeiter, Gewerkschaftsmitglieder, organisiert den Massensturm gegen die Hungerverordnungen — Kämpft für unsere Arbeitsbeschaffungsforderungen

Wie wir erfahren, wird sich die Papen-Regierung schon in den nächsten Tagen mit Maßnahmen beschäftigen, die die Arbeitsdienstpflichtpläne ihrem Ziel um weitere Schritte näherbringen. Diese Absichten werden in der Oeffentlichkeit als neue „Arbeitsbeschaffungspläne" aufgezogen.

Gestern veröffentlichte die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ihren neuesten Bericht. 5 569 000 Arbeitslose lagen danach am 15. Juni auf der Straße — ohne Aussicht, durch den Kapitalismus Arbeit zu erhalten, mit der einzigen Aussicht, daß die herrschende Klasse alle Kräfte daran setzt, um ihnen die letzten Hungerpfennige weiter zu beschneiden. 5 569 000, das sind anderthalb Millionen mehr als zum selben Zeitpunkt des vorigen Jahres. Trotzdem wir mitten in den sogenannten Saisonmonaten stehen, sind seit dem 31. Mai ganze 14 000 Arbeitslose weniger geworden.

Gestiegen aber ist das Elend. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung hat um rund 74 000 abgenommen und betrug am 15. Juni noch 1 003 000. Auch in der Krisenfürsorge ist die Zahl der Unterstützten noch um 8000 gesunken. Weiter gewachsen aber ist die Zahl derjenigen, die auf die Bettelpfennige der Wohlfahrtsunterstützung angewiesen sind. Ende Mai waren es 2 086 000. Die gegenwärtige Zahl wird noch schamhaft verschwiegen.

Während im Vorjahre seit dem Höchststand der Arbeitslosigkeit im Winter bis Mitte Juni noch 990 000 Arbeitslose wieder für ein paar Monate Arbeit erhalten konnten, beträgt ihre Zahl in diesem Jahre nur noch 560 000.

Um 26 Prozent sank die Arbeitslosigkeit vom Winter bis zum 15. Juni des Vorjahres. In diesem Jahre sind es noch 9 Prozent der Arbeitslosen, die während der Saisonmonate für ein paar Wochen ein paar Pfennige verdienen können.

Nazi-Barone organisieren Hungersnot

Die von den Nazis unterstützte Regierung des Interessentenhaufens von Industriekapitänen, Junkern und Baronen macht sich natürlich keine Sorgen, wie sie den hungernden Millionen Arbeit und Brot schaffen kann. Sie kennt nur eine Sorge: wie man ihre Hungerrationen weiter herabdrücken kann, um weitere Milliarden für Subventionen an die bankrotten Kapitalisten freizumachen. 18 Prozent aller Arbeitslosen beziehen noch Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung. Aber es soll noch weitaus schlimmer kommen, wenn Papens Notverordnung in Kraft tritt. Nach sechs Wochen soll die Hilfsbedürftigkeitsprüfung in Kraft treten. Bis zu 55 Prozent sollen die Unterstützungssätze abgebaut werden. Um 10 Prozent soll die Krisenunterstützung gesenkt werden und um 15 Prozent die Wohlfahrtsunterstützung.

Das heißt: Wieder werden Hunderttausende aus der Arbeitslosenversicherung hinausgeworfen, das heißt: unzähligen Familien wird das letzte Stück Brot geraubt. Dazu kommt die alarmierende Nachricht, daß die Regierung plant, die gewerkschaftliche Arbeitslosenunterstützung in Zukunft auf die schon gekürzten Unterstützungssätze anzurechnen.

Hunderttausende begreifen in diesen Tagen, daß sie in geschlossener Front kämpfen müssen, wenn sie nicht von den herrschenden Profithyänen dem Hungertode ausgeliefert werden wollen. Sie erkennen: es bleibt kein anderer Ausweg als geschlossener Kampf in der roten Einheitsfront.

In diesem Moment tritt die Regierung der Hungersnot-Verordnung vor die Oeffentlichkeit und erklärt: Gemach! Als unsere dringlichste Sorge betrachten wir das Problem der Arbeitsbeschaffung!

Zwangsarbeit statt Arbeitsbeschaffung

Wollen sie etwa auf einmal die Profite der Kapitalisten beschneiden, um den Massen der Arbeitslosen Arbeit und Brot zu geben?

Im Gegenteil: **sie suchen Mittel und Wege, um auch die letzten Unterstützungspfennige, die noch geblieben sind, ganz einzusparen. „In der Frage der Arbeitsbeschaffung und des Arbeitsdienstes denkt man daran, führende Männer auf diesen Gebieten in einem Ausschuß zusammenzurufen, um auch deren Ansicht zu hören. Der von einer Berliner Zeitung bereits genannte Oberst Hierl von der NSDAP. wird sicher zu diesem Ausschuß gehören, es sollen aber in gleicher Weise auch Persönlichkeiten aus anderen politischen Lagern hinzugezogen werden." So meldet die der Regierung nahestehende „Deutsche Zeitung".**

Oberst Hierl als Einpeitscher eines Ausschusses für „Arbeitsbeschaffung", das enthüllt, worum es der Regierung geht. Oberst Hierl ist der reaktionärste Verfechter der Arbeitsdienstpflichtpläne. Oberst Hierl war es,

der Zuchthausstrafen forderte für Angehörige des Arbeitsdienstes, die um Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die um tarifliche Löhne kämpfen.

In den Hungersätzen der Unterstützung sollen die Arbeitslosen als Arbeitsdienstarmee neue Profitquellen für die Kapitalisten erschließen, sollen sie gleichzeitig eingesetzt werden als Sturmbock gegen die Tariflöhne der noch in den Betrieben beschäftigten Arbeiter.

Das sind die Aussichten, die die herrschenden Nazibarone den Millionen ausgeplünderten Arbeitslosen bieten können: Sklavenarbeit, Elend und Siechtum, Hungertod! Aber die hungernden Massen wollen leben! Sie fragen sich immer stürmischer: wie kommen wir zu Arbeit und Brot, wie kommen wir zu ausreichender Unterstützung?

Worum muß gekämpft werden?

Es gibt nur eine Möglichkeit, Arbeit für Millionen zu beschaffen, wenn man die dazu notwendigen Mittel von den Kapitalisten, von den Ausbeutern nimmt. In den Arbeitsbeschaffungs-Forderungen der KPD. sind die Maßnahmen aufgezeigt, die sofort Geld für Arbeitsbeschaffung herbeischaffen können.

Streichung der Millionenentschädigungen und Abfindungen an die ehemaligen Fürstenhäuser,

Kürzung der Gehälter und Pensionen der oberen Beamten und Angestellten in öffentlichen Stellen, soweit sie den Betrag von 7200, bzw. 5000 Mark jährlich übersteigen.

Streichung aller Zuschüsse an Kirchen und kirchliche Einrichtungen,

Streichung aller Schuldverpflichtungen gegen das kapitalistische Ausland,

Streichung aller Ausgaben für militärische Zwecke und für die militarisierte Polizei,

Erhebung einer Millionärsteuer,

Besteuerung von Dividenden und Aufsichtsratstantiemen, und Sondersteuer auf die Rieseneinkommen.

Milliarden können allein durch die Durchführung dieser Maßnahmen flüssig gemacht werden. Das Millionenheer der Arbeitslosen muß gemeinsam mit den Arbeitern und Angestellten in den Betrieben einen Massensturm für diese Forderungen erheben, wenn nicht die Absichten der Bourgeoisie, die Absichten der Papen-Regierung in den nächsten Wochen Wirklichkeit werden sollen.

Auf den Stempelstellen, in den Betrieben muß mobil gemacht werden gegen die Hungersnot, die Gewerkschaftsmitglieder müssen unmittelbar Stellung nehmen und Beschlüsse auf gemeinsamen Kampf mit allen revolutionären Arbeitern fassen. Im Rahmen der Antifaschistischen Aktion gilt es, den Massensturm gegen die Hunderdiktatur zu entfachen. Am 20. Juni haben sich die Funktionäre der Erwerbslosengruppen der RGO. des Unterbezirks Ost in Berlin versammelt, um zu den Aufgaben Stellung zu nehmen, die sich im Kampf gegen die Maßnahmen der Papenregierung ergeben. In vorbildlicher Weise haben sie in einer Resolution die konkreten Aufgaben festgelegt. Sie richten den Appell an alle Erwerbslosengruppen der RGO. und der roten Verbände in Berlin und im ganzen Reich, auch ihrerseits folgende Maßnahmen unmittelbar in Angriff zu nehmen:

RGO.-Funktionäre zeigen den Weg des Kampfes

Alle Gruppen und Sektionen müssen sofort zur Mitgliederversammlung zusammentreten und einen konkreten Kampfplan aufstellen.

Sofortiges Herantreten an die Mitglieder und Organisationen der SPD. und des ADGB. im Gruppengebiet zur Organisierung einheitlicher Kampfaktionen und zur Aufstellung der gemeinsamen Forderungen.

Umfassende Aufklärung aller Erwerbslosen über Sinn und Inhalt der neuen Notverordnungen und der weiteren Pläne der Ausbeuterklasse.

Massenmobilisierung für die kommunistischen Arbeitsbeschaffungsforderungen.

Sofortige Organisierung breiter Einheitsfront-Erwerbslosenversammlungen gegen die Hungersnot-Verordnungen in jedem einzelnen Gruppengebiet.

Beschlußfassung und Organisierung von **Teilaktionen** für die volle Auszahlung der Unterstützungssätze und Erkämpfung von Sonderunterstützungen.

Aufstellung örtlicher Forderungen für Beseitigung von Mißständen auf Stempelstelle, Wohlfahrtsamt usw.

Massendelegationen zu den Wohlfahrtsämtern, Bezirksämtern, Bürgermeistern und Führern der einzelnen Fraktionen, die die Forderungen der Erwerbslosen vertreten.

Einreichung von Massenanträgen auf Sonderunterstützung, Mietsbeihilfe, Kleidung und Schuhwerk bei den Wohlfahrtsämtern.

Organisierung von **Jungerwerbslosenversammlungen**, Organisierung des Kampfes gegen „freiwilligen Arbeitsdienst", Wahl von Jugendkommissionen.

Besondere Kampagnen für die nicht unterstützten Erwerbslosen.

Mobilisierung der Stempelstellen durch Diskussionsgruppen, Sprechchöre und neue Agitationsmethoden.

Bildung von breiten Einheitsfront-Kampfausschüssen in allen Versammlungen und bei allen Aktionen.

Sofortiges Herantreten an die Betriebe im Gruppenbetrieb zwecks Herstellung der gemeinsamen Kampffront.

Verbindung aller dieser Maßnahmen mit der großen Antifaschistischen Aktion und mit der Mobilisierung aller Erwerbslosen für die

Wahl der Liste 3,

die Liste der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Partei, die KPD.

Der Streik bei Wiernick

Wie wir bereits am 17. Juni berichteten, trat die Belegschaft der Farbenabteilung des Chemiebetriebes Wiernik, Waidmannslust, am 14. Juni wegen Arbeitszeitdifferenzen in den Streik. Die in ihrer überwiegenden Mehrzahl aus Frauen bestehende Belegschaft der pharmazeutischen Abteilung erklärte sich mit den Kollegen der Farbenabteilung solidarisch und schloß sich dem Streik an.

Inzwischen erschien die Polizei Grzesinskis auf dem Plan und verbot das Stehen von Massenstreikposten. Sämtliche umliegenden Straßenecken sind morgens von Polizeiposten besetzt, die jeden stehenbleibenden Passanten verjagen.

Die schäbigste Rolle als Streikbrecher spielte gleich zu Beginn des Streiks der Vorarbeiter Karl Bokowski, Reinickendorf-Ost, Raschdorffstraße 93 oder 96, der schon am ersten Streiktage in aller Frühe im Betrieb erschien. Kollegen, die ihn vor dem Betrieb wegen seines Verhaltens zur Rede stellten, erklärte er: „Ihr geht mich gar nichts an, ich bin jetzt Angestellter geworden."

Am Montag, dem 20. Juni, gingen 14 Kolleginnen wieder in den Betrieb auf Betreiben der Vorarbeiterin Elflein aus Schönholz, Provinzstraße 83. Wenn aber die Kolleginnen denken, sie sind dadurch vor Entlassung geschützt, so sind sie im Irrtum. Eine Kollegin wurde, als sie sich als Streikbrecherin beim Unternehmer meldete, entlassen und nach Hause geschickt.

In ihrer letzten Streikversammlung haben die Streikenden trotzdem beschlossen, ihren Streik verschärft fortzusetzen.

Graphische Arbeiter, Augen auf!

Wie der „Vorwärts" meldet, finden seit gestern vormittag in Frankfurt a. Main „Einigungsverhandlungen" zwischen den Tarifparteien im graphischen Gewerbe unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums statt. Der „Vorwärts" deutet in seinem gestrigen Artikel bereits darauf hin, daß es zu einer „Verständigung" kommen müsse, wenn nicht am Sonnabend der Kampf ausbrechen solle.

Die graphischen Arbeiter ersehen daraus, daß die Gefahr eines faulen Kompromisses der Gewerkschaftsbürokratie mit den graphischen Unternehmern in greifbare Nähe gerückt ist. Sie dürften durch den Abschluß der Tarifverschlechterungen von seiten der Bürokratie des Buchdruckerverbandes bereits gewarnt sein. Keineswegs dürfen sie sich länger vom Kampf abhalten lassen oder mit einem Kompromiß begnügen.

Einheitsfrontversammlung in Wilmersdorf

Für die Wilmersdorfer Betriebsarbeiter, Erwerbslosen, Rentner und Hausfrauen ist von 16 Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten des Gesamtverbandes, IVidB., Baugewerksbundes, RGO. usw. eine öffentliche Versammlung einberufen. Diese Versammlung findet statt am **Freitag, dem 24. Juni**, 19 Uhr, im Viktoriagarten, Wilmersdorf, Wilhelmsaue. Der Kollege Fritz Emmrich spricht über das Thema: „Wie schaffen wir die Einheitsfront gegen Faschismus? Wie organisieren wir den Kampf gegen Lohnraub und Notverordnungen?"

An die Arbeiterjugend Berlins!

Mitglieder der SAJ., Junggewerkschafter, Jungbannerkameraden!

Der an euch und eure Bezirksleitung gerichtete Vorschlag der KPD., eine gemeinsame Demonstration der Berliner Arbeiter unter den Losungen: Nieder mit der faschistischen Reaktion! Fort mit der Papenregierung! Gegen den imperialistischen Krieg — für die Verteidigung der Sowjetunion! durchzuführen, wurde von der Führung der „Eisernen Front" abgelehnt.

Wir wissen, daß das nicht der Ausdruck eurer Auffassung ist.

In dutzenden Fällen habt ihr in den letzten Tagen und Wochen gemeinsam mit uns Jungkommunisten die nationalsozialistischen Mordabteilungen zurückgeschlagen. Wir richten darum an euch erneut die Aufforderung, mit uns alles zu tun, um diese machtvolle Front der kämpfenden Arbeiterjugend zu formieren.

Unsere wirtschaftliche Lage ist die denkbar schlechteste. Die 120 000 Berliner Jungerwerbslosen sind zum großen Teil von dem Bezug der Erwerbslosenunterstützung ausgeschaltet. Der „Lohn" der Lehrlinge und Jungarbeiter wurde nach dem letzten Notverordnungslohnabbau im Januar in vielen Betrieben, und gerade in diesen Tagen erst wieder in den Innungsbetrieben um 16 Prozent herabgesetzt. Alle faschistischen Kräfte machen die größten Anstrengungen, um mit Hilfe der Arbeitsdienstpflicht und anderer Maßnahmen die Arbeiterjugend für die faschistische Politik und die Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion zu mobilisieren.

Jeder von uns weiß, daß, wenn die in unseren Organisationen zusammengeschlossenen und die unter ihrem Einfluß stehenden Jungarbeiter Berlins sich zu einer einheitlichen Kampffront zusammenschließen, so wird das ein leuchtendes Fanal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse sein und zu einer erfolgreichen Verwirklichung unserer gemeinsamen Forderungen führen.

Wir Jungkommunisten schlagen euch vor: in allen Betrieben, in den Jugendsektionen der Gewerkschaften, in den Berufsschulen und auf den Stempelstellen, als Organisationseinheiten in den Wohngebieten, zusammenzutreten, um unmittelbar an die Organisierung des gemeinsamen Kampfes für unsere gemeinsamen Forderungen heranzugehen. Schafft mit uns Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion! Gründet Jugendformationen des roten Massenselbstschutzes!

Kämpfen wir gemeinsam: Gegen jede Form der Arbeitsdienstpflicht! Für die Auszahlung einer sofortigen Wirtschaftsbeihilfe von 10 Mark für jeden Jungerwerbslosen! Für die Verabfolgung von einmal warmes Essen pro Tag für jeden Jungerwerbslosen in bezirklichen Küchen! Gegen den Lohnabbau in den Innungsbetrieben!

Uns drückt die gleiche Not. — Vereinigen wir uns zum gemeinsamen Kampf! Schlagt jene, die sich dieser Einheitsfront des Kampfes entgegenstellen! Formiert mit uns die Front der kämpfenden Arbeiterjugend, die stark genug ist, alle ihre Feinde siegreich zu schlagen.

Kommunistischer Jugendverband, Bezirk Berlin

Bürgerkrieg in Chile

Neuyork, 22. Juni. In der Hauptstadt Santiago de Chile toben seit 24 Stunden erneut heftigste Straßenkämpfe. Die Straßen sind mit Verwundeten und Toten bedeckt, 10 Polizisten und 8 Soldaten sowie etwa 80 Arbeiter werden als Todesopfer angegeben. Neueintreffende Militärverstärkungen schießen in den Straßen alles nieder. Teile der Stadt sind in den Händen der Arbeiter. Die chilenische Regierung hat die Reservisten der Land- und Seestreitkräfte mobilisiert. Es wird beabsichtigt, den Flughafen von Quintero zu bombardieren, da man ein Eingreifen der Flieger zugunsten der Arbeiterschaft befürchtet.

Mit einer ungeheuren Geschwindigkeit überstürzen sich die Ereignisse in Chile. Die faschistische, dem englischen Imperialismus ergebene Regierung Montero wurde gestürzt. Mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer riß eine mit sozialistischen Phrasen drapierte Militärclique, unter der Führung des Lakaen des amerikanischen Imperialismus, Davila, und des Kleinbürgers Oberst Grove, die Macht an sich. Aber alle scheinradikalen Proklamationen der neuen Regierung täuschten die Arbeiter nicht. Die Proletarier marschierten in Massen auf, forderten Waffen und die Erfüllung der Versprechungen auf Enteignung der ausländischen Kapitalisten, forderten Arbeit und Brot. Der revolutionäre Massensturm erzwingt den Sturz des neuen Präsidenten Davila, der als Agent des amerikanischen Imperialismus bekannt und bei den Massen besonders verhaßt ist. Wenige Tage später stellt sich dieser selbe Davila an die Spitze eines reaktionären Aufstandes. Die Regierung Grove läßt nicht einen einzigen Schuß abfeuern, sondern kapituliert freiwillig vor Davila, der ein neues Direktorium einsetzt und erklärt, daß die bisherige Verfassung nicht angetastet wird und alle Verträge mit ausländischen Kapitalisten unverletzlich sind. Gleichzeitig unternimmt die neue Regierung Davila die schärfsten Maßnahmen zur Unterdrückung der anwachsenden revolutionären Bewegung unter Führung unserer Bruderpartei.

Aber das Proletariat tritt selbständig auf die Bühne des politischen Kampfes. In Santiago demonstrieren die Arbeitermassen für die Erkämpfung der revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern. Im ganzen Lande haben die Arbeiter und Bauern sich Räte gewählt, fast 700 an der Zahl. Die Betriebe sind in den Massenstreik getreten, der Verkehr ruht vollständig und die Regierung versucht, ihn notdürftig durch Militär aufrechtzuerhalten. In den Zentren des Landes, Santiago und Valparaiso kämpfen bewaffnete Arbeitertrupps für die Rätemacht.

Das sind die Ereignisse. In einer Spanne von 14 Tagen ist eine gewaltige revolutionäre Aufwühlung des ganzen Landes vor sich gegangen, sind Zehntausende von Arbeitern in die revolutionären Kämpfe hineingezogen worden.

Welches sind die Kräfte, die zum Sturz der Regierung Montero, zur Absetzung Davilas und zum Staatsstreich dieser letzteren geführt haben?

Die Regierung Montero wurde deshalb so schnell gestürzt, weil völlig verschiedenartige Strömungen und völlig entgegengesetzte Interessen zum Sturz dieser im Dienste des englischen Imperialismus stehenden Regierung drängten: 1. Die Masse der Arbeiter und werktätigen Bauern, die durch eine ungeheure Wirtschaftskrise gepeitscht und durch brutale Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung Montero niedergetreten waren. 2. Das Kleinbürgertum, das durch die Schläge der Krise immer mehr getroffen wurde und über die imperialistenfreundliche Mißwirtschaft der faschistischen Montero-Regierung aufs äußerste empört war. 3. Der Imperialismus der Vereinigten Staaten, der, nachdem er wirtschaftlich seine englischen Konkurrenten nach und nach aus entscheidenden Positionen in Chile gedrängt hatte, eine völlige Kontrolle über das Land erringen wollte und sich dabei auf die Bewegung des Kleinbürgertums und auf die unter seinem Einfluß stehenden Teile der chilenischen Bourgeoisie stützte.

Der Sturz der Regierung Montero vollzog sich unter diesen Umständen in der Form eines Militäraufstandes, der aber unterstützt war durch eine breite revolutionäre Massenbewegung im ganzen Lande. Da das Proletariat noch nicht die Hegemonie der revolutionären Bewegung erlangt hatte, gelang es den mit dem amerikanischen Imperialismus verbündeten Vertretern der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, an die Macht zu gelangen. Sie glaubten, die Arbeiter und Bauern mit sozialistischen Phrasen und vagen Versprechungen beruhigen zu können.

Aber das Proletariat drängte zur Uebernahme der Macht. Es schuf sich seine Arbeiterräte, forderte seine Bewaffnung, und schon zeigten sich die ersten, wenn auch geringen Ansätze zu einer Doppelregierung. Davila stürzte, und die Regierung Grove war nicht in der Lage, die vom amerikanischen Imperialismus geforderten Maßnahmen durchzuführen. Das Proletariat forderte die Beschlagnahme der ausländischen Vermögen. Wie konnte die Regierung Grove diese Vermögen beschlagnahmen, da sie doch eine Agentur des amerikanischen Imperialismus war? Aber diese Regierung konnte dem amerikanischen Imperialismus auch nicht die Garantie geben, daß die revolutionären Massen in Schach gehalten wurden und nicht zur Errichtung der Sowjetmacht schritten.

In dem Maße, als das Proletariat als selbständige Kraft auftrat und drohte, die Hegemonie der werktätigen Massen in Stadt und Land zu übernehmen, in demselben Maße auch wurde es für den amerikanischen Imperialismus und für die nationale Bourgeoisie zur unbedingten Notwendigkeit, die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen durchzuführen, die die Regierung Grove nicht imstande war, zu unternehmen.

Deshalb der Aufstand Davilas! Daß die Regierung Grove mit den Führern des reaktionären Aufstandes im Bunde stand, ist nach ihrem freiwilligen Verzicht auf die Regierungsmacht nicht zu bestreiten. Der Aufstand unter Führung Davilas und des ehemaligen reaktionären Diktators Ibanez hat nur einen Feind, das sind die werktätigen Massen, soweit sie bereits unter der Hegemonie des Proletariats stehen. Das Bündnis Groves mit Davila zeigt, bei Berücksichtigung der völlig verschiedenartigen Situation, ähnliche Züge mit dem Bündnis Kerenskis mit Kornilow. Hier wie da standen die Vertreter der bürgerlichen „Demokratie" gemeinsam mit der Reaktion im Kampf gegen die Arbeiterklasse.

Die Meldungen über die Massenstreiks der chilenischen Arbeiterschaft gegen die Regierung Davila zeigen, daß in den Kämpfen in Chile noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Unsere kommunistische Bruderpartei hat schwere und große Aufgaben zu erfüllen, von ihr hängt es ab, ob das Proletariat imstande ist, die werktätigen Schichten in den Kampf gegen die Diktatur der Bourgeoisie und des amerikanischen Imperialismus zu führen, sie zu stürzen und die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern aufzurichten.

Deutsche Werktätige als Kanonenfutter für Frankreich!

Papen-Regierung bietet Frankreich Wirtschafts- und Militärpakt an!

Die „nationale Konzentration" fordert in Lausanne nicht Zerreißung der Tributpakte, sondern will das deutsche Volk endgültig dem französischen Imperialismus ausliefern

Am Mittwoch hat der deutsche Außenminister von Neurath in Lausanne ein deutsches Memorandum zur Reparationsfrage überreicht. Der Inhalt dieses Memorandums wird vor dem daran höchst interessierten deutschen werktätigen Volk geheimgehalten. Nach bürgerlichen Pressemeldungen verlangt die Regierung der Nazibarone in dieser Denkschrift nicht einmal vollständige Streichung der Tributzahlungen, schlägt aber andererseits Frankreich ein Industrie- und Militärbündnis vor, über dessen politischen Zweck, die Eingliederung Deutschlands in die Kriegsfront des französischen Imperialismus gegen die Sowjetunion, keinerlei Zweifel bestehen.

Die gutunterrichtete „Vossische Zeitung" schreibt über den Inhalt des deutschen Memorandums: „Wie verlautet, soll diese neue deutsche Denkschrift auch eine „Brücke für Frankreichs Sicherheitswünsche" enthalten. Ueber die Form ist nichts bekannt, doch wird vermutet, daß es sich um eine Art von besonders enger wirtschaftspolitischer Zusammenarbeit zwischen bestimmten Staaten — man spricht sogar von einem „Viermächtepakt" — handelt, durch die auch Garantien für die politische Sicherheit der beteiligten Länder und ganz Europas geschaffen würden."

„Garantien für die politische Sicherheit", das heißt: neue Unterschrift unter den Versailler Schandvertrag, Anerkennung der gegenwärtigen Ostgrenzen, der nationalen Unterdrückung der deutschen Bevölkerung in den ehemals deutschen Gebieten, das heißt: Anerkennung der wirtschaftlichen und politischen Hegemonie des französischen Imperialismus in Europa, volle Unterstützung der französischen Kriegspläne gegen die Sowjetunion.

Die Politik, die die deutsche Regierung in Lausanne betreibt, schlägt den Interessen der deutschen Werktätigen direkt ins Gesicht. Die Forderung jedes deutschen Arbeiters, jedes Bauern, jedes Mittelständlers ist: Keinen Pfennig Tributzahlungen mehr! Schärfste Bekämpfung des kriegsverbrecherischen französischen Imperialismus!

Die Regierung der Nazijunker und Monarchisten aber liefert das deutsche Volk vollends an Frankreich aus. Noch nie hat eine deutsche Bourgeoisieregierung so schändlich vor dem französischen Imperialismus kapituliert, wie das Kabinett der „nationalen Konzentration". Tributkanzler Papen ist der erste deutsche Regierungschef, der Frankreichs „Recht" auf Reparationen, der den dem deutschen Volk abgepreßten Schandvertrag von Versailles freiwillig anerkannt hat. Von Papen ist der erste Reichskanzler, der das deutsche Volk durch einen Militärpakt vollends unter die Knute des französischen Imperialismus treiben will.

Was hat Herr von Papen in Lausanne erreicht? Nicht einmal einen Zahlungsaufschub auf längere Frist, sondern nur ein Moratorium für die Dauer der Konferenz, das die Krise in Deutschland verstärken muß, weil es das Moment der Unsicherheit steigert.

Der Weg der deutschen Bourgeoisie nach dem Westen steigert nur die Knechtung des deutschen Volkes.

Ein Militärpakt mit dem französischen Imperialismus nimmt Deutschland den letzten Schein einer Selbständigkeit. Das empörende ist, daß der deutsche Reichskanzler selbst Frankreich die Fesseln in die Hand gibt, mit denen das deutsche werktätige Volk geknebelt werden soll, daß er selbst den Militärpakt vorschlägt, der die deutschen Arbeiter in Ausbeutungsobjekte und Kanonenfutter für Frankreichs imperialistische Interessen verwandeln soll.

Wir haben die nationalistische Presse vergeblich nach einem Wort der Kritik durchblättert. Die Nationalsozialisten, die noch vor einem Jahr im Reichstag „den Kopf jedes Ministers forderten, der seine Unterschrift unter die Sklavenverträge setzt", unterstützen die Papenregierung, die die Haut der deutschen Werktätigen an Frankreich verkauft. Die Phrase von der Zerreißung des Youngpakts, vom Kampf gegen den französischen Imperialismus ist aus den Spalten der nationalsozialistischen Lügenpresse verschwunden. Mit fliegenden Fahnen sind die Nazis in das Lager des „Erbfeindes" übergegangen, bieten sie ihre SA. dem französischen Imperialismus zum gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion an und — gegen die deutschen Werktätigen, die das Banner der sozialen und nationalen Befreiung höher heben müssen und werden.

Zum 28. Juni, dem Jahrestag des Schandvertrages von Versailles, steht der deutsche Nationalismus als Zutreiber des französischen Finanzkapitals entlarvt vor den Millionen deutscher Werktätiger, die ihre soziale und nationale Befreiung nur nach dem Beispiel der russischen Bolschewiki erkämpfen können.

Amerikas Abrüstungs-Manöver

Hoovers Abrüstungs-Botschaft an die Genfer Konferenz ein Wahlschwindel

Genf, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz machte Amerika seinen bereits angekündigten Vorstoß, der nichts anderes als ein großzügiges Wahlmanöver Hoovers darstellt.

Der amerikanische Botschafter Gibson verlas eine Botschaft Hoovers an die Abrüstungskonferenz, die den Vorschlag einer Abrüstung sämtlicher Rüstungen der Welt mit Ausnahme derjenigen Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens um ein Drittel enthält. Außerdem sollen Tanks, chemische Kriegswaffen und schwere Artillerie, ferner Bombenflugzeuge abgeschafft und die Gesamttonnage der Linienschiffe um ein Drittel, die der Flugzeugmutterschiffe um ein Viertel herabgesetzt werden.

Paul Boncour wartete als Delegierter Frankreichs sofort mit einem Gegenvorstoß auf. Er verlangte, daß der amerikanische Plan gemeinsam mit dem Vorschlag der französischen Regierung zur Organisation der internationalen Sicherheit behandelt werden müsse.

Es ist selbstverständlich, daß die Sowjetdelegation sofort für eine grundsätzliche Aussprache über den amerikanischen Vorschlag eintrat. Auch die deutschen und italienischen Vertreter sprachen sich für den Hoover-Vorschlag aus.

Der amerikanische Imperialismus ist in Wirklichkeit keineswegs für generelle Abrüstung. Hoovers Vorschlag stellt ein großzügiges Manöver für die bevorstehenden Präsidentenwahlen dar, bei denen er wieder kandidiert. Innerpolitisch kann er seinen Wählern nichts Positives bieten: Krise, Massenarbeitslosigkeit, stillgelegte Betriebe und zerrüttete Finanzen sind keine guten Wahlhelfer. Die Hoover-Botschaft an die Abrüstungskonferenz soll die amerikanischen werktätigen Massen in den Glauben versetzen, Hoover wolle und garantiere den Weltfrieden.

Japans Kriegstreibereien gegen USSR.

Der amerikanische General Graves über die Lage im Fernen Osten

General Graves, der ehemalige Befehlshaber der amerikanischen Expeditionskorps in Sibirien, zur Zeit der Intervention in den Jahren 1918 bis 1920, äußerte sich in einem Interview für die in Philadelphia erscheinende „Public Ledger" über die Lage im Fernen Osten folgendermaßen:

„Es ist nicht richtig, die Existenz einer antimilitärischen Partei in Japan anzunehmen, die gegen eine imperialistische Expansion Japans gerichtet wäre. Es gibt Meinungsverschiedenheiten nur zwischen den Gemäßigten und den Extremisten. Die Gemäßigten sind gegen Abenteuer im gegenwärtigen Moment einzig und allein deshalb, weil sie solche nicht für zeitgemäß halten und durchaus nicht deshalb, weil sie sie etwa für nicht erwünscht ansehen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine starke extremistisch-militaristische Gruppe für die Eroberung Ostsibiriens eintritt, solange die Sowjetregierung mit der Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme beschäftigt ist. Diese japanisch-militaristische Strömung strebt nach der Schaffung eines mandschurisch-sibirischen Reiches mit dem Baikalsee als einem Grenzgraben zwischen dem Kommunismus und dem japanischen Imperialismus."

Der Korrespondent fragte Graves, ob ein russisch-japanischer Krieg auf Asien beschränkt bleiben würde und berichtet weiter:

„Graves dachte über diese Frage nach und war augenscheinlich im Zweifel, ob er darauf antworten solle oder nicht. Schließlich antwortete er langsam und bestimmt":

„Wenn Japan den Krieg gegen die USSR. beginnt, so nur deshalb, weil diejenigen, welche die japanische Politik kontrollieren, einer solchen Unterstützung sicher sind, die die Sowjetregierung zwingen wird, sich anderwärts festzulegen und ihr keine Möglichkeit geben wird, alle Kräfte gegen Japan zu mobilisieren. Kein einziger vernünftiger japanischer Militär wird einen Krieg gegen die USSR. unternehmen, wenn Japan nicht über die Gewißheit, über ein Abkommen verfügt, oder die Ueberzeugung hat, daß es nicht allein dastehen wird."

Darauf fragte der Korrespondent, ob dies bedeutet, daß Polen und Rumänien versuchen werden, die Sowjetarmeen an den europäischen Grenzen aufzuhalten und damit auch Frankreich hineinzuziehen.

„Graves antwortete hierauf nicht direkt, sondern gab eine Antwort in indirekter Form. Wenn Rußland und Japan Krieg führen, so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Verflechtung der Interessen und der Bündnisverträge, die die großen und kleinen Mächte verbinden, alle von neuem in den Krieg verwickeln wird, ebenso wie 1914, so daß wir wiederum im tödlichen Wirrwarr eines Weltkrieges versinken werden."

Nach Graves Meinung war das japanische Abenteuer in Schanghai ein großer militärischer Fehler, der die Verwirklichung des japanischen Planes einer raschen Eroberung Sibiriens gehindert hat.

„Jedoch die Ereignisse in Schanghai", setzt Graves fort, „bilden nur eine zeitweilige Hemmung. Leute, die von der Idee eines mandschurisch-sibirischen Reiches besessen sind, werden so leicht auf ihre Pläne nicht verzichten. Die Lage bleibt auch weiterhin ziemlich gefährlich. Nur die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Rußland und den Vereinigten Staaten kann dazu beitragen, die Funken zu löschen, die sich in die Flammen eines russisch-japanischen Krieges zu verwandeln drohen!"

Tschechische Bauarbeiter im Kampf

Prag, 22. Juni. Die Lohnbewegung der Bauarbeiter greift auf immer weitere Gebiete über. In Aussig fand ein Demonstrationsstreik der Bauarbeiter statt, an dem sich fast alle Belegschaften der Bauten beteiligten. In Leitmeritz folgten dem Ruf nach Durchführung des Demonstrationsstreikes 50 Prozent der Bauarbeiter. Die Prager Bauarbeiter treffen Maßnahmen für den Kampf. Einen vierstündigen Demonstrationsstreik führten auch die Bauarbeiter in Prerau durch und von den Bauarbeitern in Olmütz wird ein solcher für die nächsten Tage vorbereitet.

Hundert Millionen Mark an Schmarotzer — für Hitler eine „nationale Notwendigkeit“!

Der Subventionsskandal des Stahltrusts — Für die Kriegskrüppel und Erwerbslosen Abbau, für Multimillionäre Goldströme
Demaskiert die faschistischen Trustknechte — Kampf dem Kabinett der schwerindustriellen Ausbeuter!

Die erste „nationale Großtat“ des Papen-Kabinetts war der notverordnete Unterstützungs- und Rentenabbau und die Salzsteuer. Seine zweite Tat war die Aufhebung des Uniformverbots für die faschistischen Troßknechte der Schwerindustrie. Die dritte, den „nationalen Belangen“ der deutschen Kapitalisten ebenso entsprechende Maßnahme ist die Subvention in Höhe von 100 Millionen Mark, die der Multimillionär Flick, Beherrscher des Stahltrusts, vom Reich über die Dresdner Bank aus den Steuergroschen der ausgeplünderten Massen erhält. Fürwahr, das Papen-Kabinett verdient in Ehren den Namen, die grimmigste Feindin des schaffenden Volkes zu sein. Die Prozentpatrioten im schwerindustriellen Westen haben alle Ursache, das Hakenkreuz zu tragen und Herrn Hitler die Uniformierung seiner privaten Terrorarmee zu bezahlen.

Brüning hat es vorgemacht, Papen setzt es fort!

Es wäre verwunderlich gewesen, wenn die Presse der SPD. und des Zentrums den fetten Subventionsskandal des Stahltrusts nicht für sich als Wahlbombe benutzt hätten. Jede ihrer Zeilen zu dieser Millionensubvention atmet Entrüstung und Empörung über die „Verschleuderung von Staatsgeldern“. Das klassenbewußte Proletariat darf diesen Wahlbetrug nicht dulden. Was Papen jetzt fortsetzt, hat der von der SPD. und den Gewerkschaftsführern jahrelang tolerierte Zentrumskanzler Brüning begonnen. Allein in der letzten Zeit ihres Bestehens hat die Brüning-Regierung für 436,7 Millionen Mark Subventionen an die Großindustriellen und Agrarier gezahlt. Hier eine kleine Liste, die beliebig verlängert werden kann:

Als die Banken, Industriebarone und Agrarier aus den Händen des Zentrumskanzlers die fetten Subventionsbrocken erhielten, erklärte die SPD.- und Zentrumspresse, daß es „im Interesse des Volksganzen“ liege. Heute, wo Papen fortsetzt, was Brüning begonnen, ist die Subventionspolitik für dieselbe Presse eine „Unterstützung industrieller Schmarotzer, eine empörende Maßnahme gegen das arbeitende Volk.“

Umgekehrt machen die faschistischen Betrüger einen Schuh daraus. Solange Brüning am Ruder war, war die Subventionspolitik für sie ein „Skandal und Korruptionserscheinung des Systems.“ Heute, da das Kabinett der Freiherrn und Barone, der Schwerindustrie und der ostelbischen Junker am Ruder ist, sind für sie die Subventionsskandale plötzlich zu einer „nationalen Notwendigkeit“ geworden.

	Betrag der Subvention in Mill. M.
Montanindustrie:	
Oberschles. Hüttenwerke AG. — Zinsloser Kredit und Kapitalverzicht	36,0
Niederschles. Bergbau AG. — Kreditgarantie und Zinszuschüsse	11,0
Pleßsche Werke. — Kreditgarantie	2,0
Gebrüder Mannesmann. — Bürgschaftsverluste	9,5
Röchling-Konzern. — Kredit von Reich und Preußen	37,0
Mansfeld AG. (Kupferbergbau). — Verlorene Zuschüsse und Darlehen	16,0
Gewerkschaft Mechernicher Werke (Bleibergbau). — Zuschüsse und Kreditgarantien	4,0
Rheinisch-westfälische Schwerindustrie.	
Siegerländer Erzbergbau. — Verlorene Zuschüsse	10,0
Ruhrbergbau. — Befreiung von den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung, jährlich	25,0
Benzol-Verband. — Zollsubvention, jährlich	40,0
Chemie:	
J. G. Farbenindustrie. — Zollsubvention, jährlich	15,0
Für Benzingewinnung Steuererlaß	3,0
Maschinenindustrie und Werften:	
Vulkan-Werke Stettin. — Kreditgarantie, Zinszuschüsse, Bürgschaftsverluste	15,0
Schichau, Elbing. — Bürgschaftsverluste	7,0
— Sanierungsmittel	21,0
Verschiedene Werften. — Zuschüsse und Kredite von Kommunen	10,0
Junkers-Werke, Dessau. — Bürgschaftsverluste des Reiches	13,5
— Neue Kredite des Reiches	0,8
Hannoversche Maschinenbau AG. — Kreditgarantie des Reiches	1,5
— Kreditgarantie von Hannover	0,8
Linke-Hofmann-Werke, Breslau. — Kredit v. Breslau	9,0
A. Borsig, Berlin. — Reichskredit	1,2
Union-Gießerei, Königsberg. — Bürgschaftsverlust	1,0
Stock Motorpflug. — Bürgschaftsverlust	4,0
Traktorenindustrie. — Ausfallbürgschaft vom Reich	15,0
Sächsischer Autotrust. — Kredit- u. Zinszuschüsse von Sachsen	6,0
Stoewer-Werke, Stettin. — Kredite der Stadt Stettin	1,1
Komnick AG., Königsberg. — Bürgschaftsverluste	1,7
Schiffahrt:	
Großreedereien. — Schiffbaudarlehen von 1926	50,0
Norddeutscher Lloyd und Hapag. — Reichskredite und Reichsgarantie	70,0
Tankschiffbau. — Kreditgarantie	11,8
Textilindustrie:	
Leinenindustrie. — Kreditgarantie	7,0
Gebrüder Elbers, Hagen. — Bürgschaftsverlust	0,8

Hitlers „nationale Belange“

Das Essener Organ der NSDAP., National-Zeitung, schrieb unter dem Datum des 21. Juni, „daß dieser Uebergang von Gelsenberg und damit auch der Vereinigten Stahlwerke an das Reich eine nationale Notwendigkeit geworden war.“ Und abschließend fügt sie hinzu: „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“.

Daß den Millionen Arbeitslosen ihre Unterstützungssätze wieder gekürzt werden, daß die Salzsteuer eingeführt wird, daß den Opfern des Krieges und der Arbeit von ihren wenigen Groschen noch etwas genommen wird, und daß von den Steuergeldern dann Millionen an die Schwerindustrie gegeben werden, das ist „gemeinnützig“ und „geht vor den Eigennutz.“ Herr Flick ist „gemeinnützig“, aber die Millionen hungernden Proleten sind eigennützig. Wie sagte doch die Regierung Papen in ihrer ersten Erklärung: „Es muß Schluß gemacht werden mit dem Wohlfahrtsstaat.“ Jawohl! — Die Wohlfahrt der Millionen Werktätigen muß endlich aus der Gesetzgebung ausgeschaltet werden, denn ihre Wohlfahrt ist „Eigennutz“ — aber Herr Flick und die anderen Millionär-Aktionäre der Eisen- und Stahlindustrie sind „gemeinnützig.“

Um den großen Massen der Nationalsozialisten, den Kleinhändlern, die von den Trustwarenhäusern an die Wand gedrückt werden, den Proleten, die durch die Phrasen der Hitler & Co. getäuscht, sich noch in den Reihen der Nazis befinden, diese enorme Subvention schmackhaft zu machen, erklärt die Nazizeitung noch weiter: des „Pudels Kern“ sei darin zu suchen, daß ohne diese Subvention der Stahltrust in „französische Hand“ gekommen wäre.

Wie steht es mit dieser verlogenen Behauptung? Wie steht es überhaupt um den Stahltrust?

Der „uneigennützige“ Multimillionär

Das Zentrum der deutschen Eisen- und Stahlindustrie liegt im Ruhrgebiet, und der Kern der Ruhrindustrie ist der Stahltrust. Mit einem Kapital von 775 Millionen Mark ist er das größte Industrieunternehmen Deutschlands. Infolge der ungeheuren Krise steht der Stahltrust heute am Rand des Bankrotts. Mit Hunderten von Millionen geborgten Auslandsgeldern hat er einen gewaltigen Produktionsapparat geschaffen, der heute zu nur rund einem Viertel noch ausgenutzt wird. Obgleich in den Produktionsapparat etwa eineinhalb Milliarden Mark hineingesteckt sind, werden die Aktien an der Börse nur noch mit 120 Millionen Mark bewertet. Und genau so steht es mit den anderen Werken, die mit dem Stahltrust zusammenarbeiten.

Der größte Aktienbesitzer des Stahltrusts ist Herr Flick, der nicht nur den entscheidenden Einfluß im Stahltrust, sondern auch in einem Teil der übrigen deutschen Eisen- und Stahlindustrie hat. Durch den ungeheuren Wertschwund seiner Aktien ist seine Stellung erschüttert worden. Er hatte in den letzten Jahren einen immer größeren Teil seiner Aktien an ausländische Banken als Pfand für Kredite gegeben. Da aber der Wert des Pfandes immer geringer wurde, mußte er immer neue Aktien hinterlegen. Jetzt werden angeblich die Kredite fällig, und er kann nicht zurückzahlen. Wieso aber werden die Kredite fällig? Es gibt doch ein sogenanntes „Stillhalteabkommen“, das die Zahlungen an das Ausland verschiebt. Richtig, und darum braucht Herr Flick auch einen Teil seiner Schulden noch nicht zurückzuzahlen. Einen anderen Teil seiner Schulden aber hat Herr Flick wohl aus steuerlichen Gründen nicht direkt, sondern auf dem Umwege über andere ausländischen Unternehmen gemacht. Die müssen jetzt zurückgezahlt werden.

Das also ist des „Pudels Kern“. Nicht nur ein einfacher, „bescheidener“ großindustrieller Millionär erhält diese Subvention. Nein, wie es den Anschein hat, wird einer der größten Steuerschieber, dessen „nationale Belange“ dort zu liegen scheinen, wo die Steuern am niedrigsten sind, aus den Steuergeldern der Werktätigen subventioniert.

So also sieht der Patriot aus, dessen Rettung „aus nationalen Gründen“ die Nationalsozialisten freudig begrüßen.

Daß sich aber ausländische Kapitalisten dafür interessieren, die Aktien der vor dem Bankrott stehenden deutschen Stahlunternehmen zu kaufen — das glaubt den Nationalsozialisten ebensowenig einer wie den Industriellen. Das ist nur ein Feigenblatt, das die Subvention schamhaft verhüllen soll, das aber durchsichtig ist wie Glas.

Die Regierung der „nationalen Konzentration“

„ . . . stellen wir fest, daß dieser Uebergang von Gelsenberg und damit auch der Vereinigten Stahlwerke an das Reich eine nationale Notwendigkeit geworden war. . . .“ (Essener nationalsozialistische „Nationalzeitung“ vom 21. Juni.)

Die Saat des sozialdemokratischen „Staatssozialismus“ geht auf!

„Nationalisierung des Montantrusts“ überschreibt die „Nationalzeitung“ ihren Artikel über die Millionensubventionen an den Stahltrust. „Das Interesse der Nationalwirtschaft wird in Zukunft . . . über den Bodenschätzen des Ruhrreviers maßgeblich sein“, erklären die Nationalsozialisten begeistert. Wo haben wir kürzlich eine ähnliche Begeisterung bei ähnlicher Gelegenheit gefunden? Es war im „Vorwärts“, als das Milliardengeschenk der Regierung Brüning an die Großbanken perfekt wurde. Damals wurde von den Sozialdemokraten eine „neue Epoche“ angemeldet, die „Epoche des Staatssozialismus“, des „Uebergangs zum vollen Sozialismus“, dank der durch Brüning durchgeführten „Bankenkontrolle“.

Und ausgerechnet die Dresdner Bank, die damals die größten Subventionen aus Reichsmitteln erhielt, oder, wie die SPD.-Presse schrieb, durch die Brüningregierung „kontrolliert“ wurde, ist es, die heute damit beauftragt worden ist, den Stahlbaronen die 100 Millionen auszuzahlen. Die Dresdner Bank, die „Keimzelle des Staatssozialismus“ der Hilferding und Naphtali und Co., ist gleichzeitig die „Keimzelle des neuen Nationaltrusts“ der Nationalsozialisten!

Sowohl der „Staatssozialismus“ der SPD. wie auch die „Nationale Notwendigkeit“ der NSDAP., sowohl die Milliardensubventionen an die Großindustrie wie auch die Milliardensubventionen an die Banken und an die Großagrarier werden aus den Werktätigen herausgepreßt. Jede neue Notverordnung brachte direkt und indirekt Milliardengeschenke an die Kapitalisten und Milliardenlasten für die Werktätigen. Und genau so, ja in noch verschärfter Weise, soll es weitergehen. Von den sozialdemokratischen „Staatssozialisten“ bis zu den Nationalsozialisten besteht eine Einheitsfront für Subventionen an die Kapitalisten und für neue Lasten für die Werktätigen.

Klagges-Polizei schießt Arbeiter nieder

Braunschweig, 22. Juni. Heute vormittag war die Innenstadt von Braunschweig Schauplatz großer Arbeiterdemonstrationen gegen den Faschismus. Wie von polizeioffizieller Seite gemeldet wird, kamen die Manifestanten der Polizeiaufforderung zum Auseinandergehen „nur zögernd nach“. Von Polizeibeamten wurde ein Arbeiter niedergeschossen, der mit einer schweren Verletzung dem Krankenhaus zugeführt werden mußte.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Alfred Henderich, Berlin; für Anzeigenteil und Geschäftliche Mitteilungen: Gustav Bode, Berlin. Druck und Verlag: Vereinigte Zeitungsverlage GmbH., Berlin. Kleine Alexanderstr. 28. Fernruf: Sammelnummer E 1, Berolina 5481.

Wir erobern die Betriebe

Nummer 137a 2. Beilage — Donnerstag, den 23. Juni 1932

SA-Schaftstiefel aus Holzschuhen

Wie werden die Millionen für die NSDAP. durch die Schwerindustriellen aufgebracht? — Warum finanziert Thyssen NSDAP.?

(Arbeiterkorrespondenz)

Woher kommen die 40 Millionen?

Jeder Arbeiter des Ruhrgebiets und über die Grenzen des Ruhrgebiets hinaus weiß, daß der Naziausbeuter Thyssen zu den engsten Kreisen Hitlers gehört und einer seiner besten Geldgeber ist. Thyssen, der Tausende von Proleten Tag für Tag unter den schlimmsten und brutalsten Bedingungen ausbeutet, hat seinerseits natürlich alle Ursachen, die Knüppelgarden Hitlers zu erhalten. Die SA. und SS. ist die Schutz- und Leibgarde des schwerindustriellen Unternehmertums und der ostelbischen Krautjunker. Nun hat diese Terrorbande eine neue militärische Aus-

rüstung erhalten. Alle SA.- und SS.-Leute wurden in Uniformen gesteckten, und das alles kostet viel Geld. Die neuen Röcke, Mäntel und Schaftstiefel sind verdammt nicht billig, um so weniger, weil die Herren Nazilieferanten, die Vermittler usw., auch gut verdienen wollen. **Die Ausrüstung der 400 000 SA.-Männer kostete laut Sachverständigen mindestens 50 Millionen Mark. Wer hat sie bezahlt? Die Großunternehmer, die Börsianer, die Schwerindustriellen. Und wie haben sie diese ungeheuren Gelder aufgebracht? Wie bringt Herr Thyssen die Gelder auf, mit denen er die Nazis finanziert? Dafür sollen die Zustände bei der August-Thyssen-Hütte den Beweis liefern.**

So werden aus Holzschuhen SA.-Schaftstiefel

Nachdem bisher die planmäßigen Angriffe mit Unterstützung der Gewerkschaftsbürokraten auf die Löhne und sozialen Zulagen durchgeführt wurden, versucht jetzt Nazi-Thyssen, noch weitere Abbaumaßnahmen in den einzelnen Abteilungen durchzuführen. **Bisher haben die Kollegen in unserer Abteilung alle drei Monate ein Paar Klumpen (Holzschuhe) erhalten. In Zukunft gibt es nur noch alle Jahre welche. Ein Kollege, dessen Klumpen vollständig aufgebraucht waren, aber keine neuen erhielt, sah sich gezwungen, da er keinen Pfennig hatte, um sich selbst neue zu kaufen, in seinen letzten eigenen Schuhen zu arbeiten. Beim Verladen von Schienen kippte der Arbeiter um und verletzte einen anderen Kollegen so schwer, daß er heute krankfeiern muß. Ebenfalls soll es in Zukunft keine Schmierseife mehr geben.**

Die von den Arbeitern eingesparten Gelder werden der NSDAP. zur Verfügung gestellt. Und so kommen die Millionen für die Ausrüstung der SA.-Armee zustande.

Warum Drittes Reich?

In den Werken von Thyssen machen sich auch in der letzten Zeit seine getreuen Beamten im Dienste für die NSDAP. stark bemerkbar. So auch der Vorzeichner Dietrich. **Er verteilt Flugblätter und Zeitungen in den Umkleideräumen und legt sogar den Kollegen ins Kleiderspind Hitlermaterial.**

Nun, Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Parteiunterschied, SA.- und Naziproleten! Warum will Herr Thyssen das Dritte Reich? Warum unterstützen diese schwerindustriellen Raubtiere die Hitler-Bewegung? Die unbeschreiblichen Verhältnisse in den Betrieben der Schwerindustriellen, die wahnsinnige Ausbeutung und Antreiberei, die Hungerlöhne und eine steigende Versklavung der Arbeiter, nicht zuletzt in den Thyssen-Betrieben, geben eine beredte Antwort.

Mit den Millionen, die aus den Knochen der Arbeiter gepreßt wurden, sollen die SA.-Banden ausgerüstet und bewaffnet werden und mit ihrer Hilfe sollen die Arbeiter in noch tieferes Elend gestürzt und ihr Hunger und ihre Ausbeutung durch blutigen Terror verewigt werden. Für einen solch schändlichen Klassenverrat werden die SA.-Proleten mißbraucht. Sie sollen die Mörder und Sklavenhalter ihrer Klassengenossen sein.

Die Antifaschistische Aktion, die rote Einheit in den Betrieben und Stempelstellen, statt einer Junkerregierung eine Arbeiter- und Bauernregierung, kann nur diese drohende Gefahr abwehren. Kämpft mit uns!

Das sind die Nazi-Gutsbesitzer!

Nazi-Junker mit Jagdgewehr gegen Landarbeiter

(Landarbeiterkorrespondenz.)

Auf Gut **Unterheide (Kreis Greifenhagen)** herrscht der Nazijunker Völker. Brutal schwingt er seine Hungerpeitsche über die Landarbeiter. Wer nicht pariert, wird entlassen. Völlig willkürlich wurde neulich ein Deputatarbeiter entlassen. Nazivölker versuchte auf Junkerart sogar noch tätlich zu werden.

Vergangenen Sonnabend erfrechte sich der Junker — ohne daß auch nur ein Räumungsbefehl vorlag —, dem Landarbeiter den Befehl zu erteilen, **in zwei Stunden die Wohnung zu räumen, andernfalls er ihn mit Gewalt herausfetzen würde. Der Arbeiter machte sich noch Illusionen, daß die Polizei ihm beistehen würde. Der Polizeiwachtmeister Schmidt fertigte ihn damit ab, daß er erklärte, die Polizei habe mit der Angelegenheit nichts zu tun, der Arbeiter möge sehen, wie er allein fertig würde.**

Der Landarbeiter wandte sich nun an seine Kollegen im Landarbeiterverband. Mit drei erwerbslosen Kollegen machte er sich auf, um die sogar gesetzlich unzulässige Maßnahme des Gutsbesitzers zu verhindern. Als der entlassene Landarbeiter mit den drei erwerbslosen Kollegen auf dem Gut ankam, **hatte der Nazijunker bereits eine Stube in der Wohnung des Arbeiters ausgeräumt. Natürlich hielten jetzt die Arbeiter zusammen und setzten die Möbel wieder in die Wohnung.**

Darauf gingen der Nazigutsbesitzer und sein Schwager mit einem Jagdgewehr gegen die Arbeiter vor. Auf einen Kollegen wurde geschossen, dann wurde er aufs brutalste niedergeschlagen und verletzt. Auch auf die herbeieilenden anderen Kollegen wurde geschossen.

Der Gewerkschaftsfunktionär Keßler in Greifenhagen rief die Polizei um Hilfe an. Nun, wie half die Polizei? Sie schob die siebenköpfige Handarbeiterfamilie in eine Herberge ab.

Die ehrlichen SPD.-Arbeiter müssen einsehen, daß gegen diesen brutalen Naziunternehmerterror nicht die Polizei, sondern nur die Antifaschistische Aktion hilft.

Landarbeiter'os bei Nazis

(Landarbeiterkorrespondenz)

Das Gut Eickhoff bei Wittenberge gehört dem Nazi-Propagandaredner Hantge.

Er ließ sich vor eineinhalb Jahren einen Landarbeiter von Lenzen a. d. Elbe nach Eickhoff kommen, versprach ihm die Umzugskosten von 50 Mark, einen Wochenlohn von 14 Mark, halbjährige Kündigungsfrist, eine Woche Urlaub für ein Dienstjahr und etliche Zentner Kartoffeln. Der Arbeitslose nahm diese Stelle an. Aber bald erfuhr er, was es heißt, in dem von Hantge bezeichneten „Wohlfahrtsstaat" zu arbeiten.

Die Umzugskosten von 50 Mark wurden dem Arbeiter in wöchentlichen Raten von 3 Mark von seinem Lohn abgezogen. Kartoffeln bekam er so gut wie keine. Hantge sagte ihm, er solle seinen Kartoffelverbrauch einschränken. Als der Landarbeiter seinen Urlaub nahm, **bekam er während dieser Zeit nicht seinen Lohn, und als er sich endlich aufraffte, um sein ihm zugesichertes Recht zu verlangen, wurde er entlassen. Er sollte die „Wohnung" räumen. Hitlers Propagandaredner und Gutsbesitzer wollte den Arbeiter in einem alten Viehstall unterbringen. Das ging selbst dem Gerichtsvollzieher über die Hutschnur. Am 28. Mai wollte Hantge den Arbeiter selbst auf die Straße setzen. Aber angesichts der Empörung der Wittenberger Arbeiter mußte er davon absehen. Schließlich wurde Hantge laut Beschluß des Arbeitsamts Osterburg festgelegt, daß er seinem Landarbeiter 6,82 Zentner Kartoffeln und 40 Pfund Getreide zu geben habe für die geleistete Arbeit. Selbst diese eingeklagte Forderung wurde von Hantge nicht erfüllt.**

So sehen die Nazi-Gutsbesitzer aus. Es ist sehr wichtig, daß die Nazi-Proleten darüber überall aufgeklärt werden. Wenn sie in der freien deutschen Republik so hausen können, was wird erst im „Dritten Reich" geschehen? Auf zur Antifaschistischen Aktion!

Die Nazis des Amtsgerichts Mitte

Nazi-Justizsekretär als Antreiber

(Justizangestelltenkorrespondenz)

„Ich bin vom Herrn Amtsgerichtspräsidenten mit besonderen Vollmachten versehen", sagte Herr Justizsekretär Dehnecke, als er in den Bezirk IV versetzt wurde, um Ordnung zu schaffen. Wegen der riesigen Vetternwirtschaft in diesem Bezirk und des gänzlichen organisatorischen Unverstandes des früheren Bezirksinspektors Gattwinkel, war ein Teil der Angestellten, die nicht genügend Bücklinge machten, bis zur Unmöglichkeit überlastet. Herr D. sollte der über alles geheiligten Ordnung wieder auf den Thron helfen und Gerechtigkeit walten lassen. **Der Erfolg seiner arbeits- und segensreichen Tätigkeit ist jedoch eine Verschlimmerung des früheren Zustandes. Ueberall und zu allen Tageszeiten steckt diese besondere Schreibseele ihren Kopf durch die Tür und kontrolliert, ob die Angestellten, „seine Angestellten", auch arbeiten und bereits genügend geschafft haben. Seine Denunziantenrolle in dem üblen Fall Vetter ist noch frisch in aller Erinnerung.**

Dieser Herr treibt es aber noch viel toller. Trotzdem der staatsministerielle Erlaß ihm die Zugehörigkeit zur NSDAP. oder auch nur eine Betätigung in ihrem Sinne „verbietet", ist **Dehnecke strammer Nationalsozialist. Eines Tages erklärt der pflichttreue Herr D., die Bummelei einer Angestellten nicht länger dulden zu können, er werde pflichtgemäß Anzeige erstatten. Als er jedoch erfuhr, daß die Angestellte deswegen dauernd bummele, weil sie Propaganda für die NSDAP. macht, fiel die „pflichtgemäße" Anzeige unter den Tisch. Anderen Angestellten, langjährigen Maschinenschreiberinnen jedoch will er zur Entlassung verhelfen, weil sie z. B. auf alten und in Unordnung befindlichen Schreibmaschinen nicht ordentlich schreiben können.**

Das sind die Pioniere des „Dritten Reiches".

Wo spart die Reichspost

Ungeheuerliche hygienische Zustände beim Postamt O 17

(Postarbeiterkorrespondenz)

Die Sparmaßnahmen der Postverwaltung haben beim Postamt O 17 (Schles. Bahnhof) Zustände herbeigeführt, die jeder Beschreibung spotten. Man wird es nicht für möglich halten, daß die DRP. — von der auch jetzt noch in Verwaltungskreisen behauptet wird, daß ihre Finanzlage durchaus gesund sei — **beim Postamt O 17 dazu übergegangen ist, das Wasser in den Toiletten zu sparen. Die Abflußdecken, die gerade bei der zahlenmäßig starken Belegschaft des Postamts (etwa 1500 Beamte und Helfer) dauernder Spülung bedürfen, werden jetzt täglich einmal mittels Schlauches gesäubert.**

Jeder kann sich wohl selbst ausmalen, welcher Geruch in diesen Toiletten herrscht, abgesehen davon, daß durch diese unsinnige Sparverfügung der Postverwaltung der Uebertragung von Krankheiten Tür und Tor geöffnet ist. Trotzdem in der Kollegenschaft berechtigte Empörung herrscht, denkt man gar nicht daran, diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Auch der Beamtenausschuß (in dem solche unfähigen Leute wie Hein usw. sitzen) hat bisher noch keine Schritte unternommen, um dieses Uebel zu beseitigen.

Während auf der einen Seite am notwendigsten gespart wird, sehen wir, daß auf der anderen Seite Geldmittel keine Rolle spielen. So hat die Kollegenschaft seit einiger Zeit das zweifelhafte Vergnügen, **wieder einen neuen Postdirektor im Amt herumtanzen zu sehen, der zwar so aussieht als ob er Bäume ausreißen könnte, der aber auch nicht das Ei des Kolumbus entdeckt hat. Allerdings hat er keine Ahnung von den Notwendigkeiten des praktischen Dienstbetriebes.**

Kollegen, jagt eure „Vertreter" zum Teufel! Ihr habt den Ausschuß nicht dazu gewählt, damit er sich in seinem Zimmer ausschläft. Fordert sofortige Inbetriebnahme der alten Wasserspülung. **Und darüber hinaus schließt euch in der roten Einheitsfront zusammen zur Stärkung der Antifaschistischen Aktion. Diese Spülungsangelegenheit signalisiert, wie es im Dritten Reich aussehen wird.**

Feuilleton der Roten Fahne

Nummer 137a / Beilage
Donnerstag, 23. Juni 1932

Einheitsfront mit meinem Schwager

Darf ich euch etwas von meinem Schwager erzählen? Das ist ein alter Sozialdemokrat, der die Kommunisten immer ohne Pfeffer und Salz gefressen hat. Ich habe in meinem sündigen Leben schon ein paar Leute fertig gemacht — sie überzeugt von der Richtigkeit des revolutionären Marxismus. Darunter zwei Deutschnationale und einen Nazi. Ich habe sie sozusagen auf dem Gewissen. Bei meinem Schwager ist mir das noch nicht gelungen. Trotz jahrelanger Bemühung. Der hat mich entweder, wenn's so weit war, aus seiner Wohnung geschmissen, oder er verließ die Tür zukrachend meine Bude. Aber in den letzten Wochen müssen ihm doch einige Dinge sauer aufgestoßen sein. Denn gestern konnte ich zum erstenmal eine Diskussion mit ihm kameradschaftlich zu Ende führen. Wir zwei haben die Einheitsfront geschlossen.

Mein Schwager ist ein einfacher Arbeiter oder besser gesagt, ein einfacher Arbeitsloser, und da mag es euch nicht wichtig erscheinen, groß darüber zu schreiben, wie dieser Mann dazu gekommen ist, bolschewistischen Argumenten zumindest ein wenig zugänglich zu werden. Ein nebensächlicher Fall, wie er sich heute täglich hundert- und tausendmal ereignet. Aber wenn ihr meinen Schwager kennen würdet, was für ein verbohrter Kommunistenfresser das war, dann würdet ihr vielleicht, genau so wie ich, glauben, daß dieser Fall ein sehr wichtiges Sympton darstellt. Ein schlagender Beweis und ein aufmunterndes Beispiel für alle Genossen, um ihnen zu zeigen, einen wie guten Boden wir jetzt selbst bei den verbissensten sozialdemokratischen Arbeitern haben, um die Saat unserer Einheitsfrontpolitik auszustreuen. Denn — wenn selbst mein Schwager! — — Aber damit ihr das begreift, muß ich euch eben etwas von ihm erzählen, bevor ich euch über die Diskussion berichte, die zu unserer Einheitsfront geführt hat.

Er ist jetzt ein Mann von 58 Jahren und muß in seiner Jugend ein sehr knorker Arbeiter gewesen sein. Schon vom Jahre 1895 an war er einer der eifrigsten Agitatoren für die Gewerkschaftsbewegung. Aber er war eben nur Gewerkschaftler, und das dürfte für seine politische Entwicklung zum rechtesten Opportunismus hin bestimmend gewesen sein. Schon Marx wies ja darauf hin, daß jede Gewerkschaftsbewegung, die sich loslöst von der allgemeinen revolutionären Klassenpolitik, reaktionär endet.

Ursprünglich Tischler, wurde er später Krankenkassenbeamter. An einer Privatkrankenkasse. Schön. Wenn einer Krankenkassenbeamter ist, kann man bei ihm gegen die SPD. eine ganze Menge sagen. Ausrichten kann man nicht viel. Zumindest war das damals vor etwa sieben Jahren noch so.

Aber zwei Jahre, bevor er pensionsberechtigt werden sollte, — haben sie ihn entlassen.

Na, dachte ich, nu biste raus aus der Arbeiteraristokratie, nu wirst du wohl bald aufhören, die Kommunisten zu fressen. Aber er fraß sie weiter. Denn diese Arbeitslosenunterstützung, das war doch ein sozialer Fortschritt gegenüber dem Kaiserreich, wo's sowas nicht gegeben hatte, ein sozialer Fortschritt, den die SPD. errungen hat! (Wohlgemerkt, — die SPD., nicht dieses Bruchstück von Revolution der Arbeiter, das wir in Deutschland hatten. Aber auf derartig reformistisch-korrumpierte Gedankengänge werden wir häufiger bei ihm stoßen.)

Und dann war's aus mit der Arbeitslosenunterstützung und er kam in die Erwerbslosenhilfe.

„Na?!" —

„Nicht doch!" sagte er. Denn auch die Erwerbslosenhilfe war ja noch ein sozialer Fortschritt.

Und dann kam die Krisenfürsorge.

Aber im Verhältnis zu gar nichts bekommen, ist eben auch noch die Krisenfürsorge das kleinere Uebel, und den Kommunisten ging's immer noch nicht gut bei ihm.

Dann kam die Wohlfahrt.

Stellungnahme, siehe wie oben.

Jetzt bekommt er auch von der Wohlfahrt schon lange nichts mehr. Aber Kommunisten hat er immer noch ohne Pfeffer und Salz gefressen. Bis gestern, wie gesagt.

Ein Kapitel für sich war die Art seiner politischen Diskussionsführung. Ich erinnere mich an etwas, was keine Diskussion mehr war, sondern Streit, Zank, Stunk, Krieg. Es ging um den Achtstundentag.

Ich: „Na, ihr wart doch selber für Aufhebung des Achtstundentages."

Er: „Das ist ja Blödsinn."

Ich: „Hat doch sogar im ‚Vorwärts' gestanden."

Er: „Das ist eine gemeine Lüge!"

Ich: „Ich werd's dir beweisen."

Und dann habe ich mir die Nummer des „Vorwärts" besorgt, mit der Arbeitszeitnotverordnung.

Er: „Na, das ist doch etwas ganz anderes. Das ist doch nicht Aufhebung des Achtstundentages."

Noch vor etwa sechs Wochen habe ich ihn an diese Diskussion erinnert und da meinte er: „Ja, das hat doch nicht die Sozialdemokratie gemacht. Die hat doch nicht allein zu bestimmen gehabt. Das war eben die Koalition. Aber ihd natürlich, immer die Sozialdemokraten!"

Na, was sagt ihr zu meinem Schwager? War das nicht ein Sozialdemokrat? Ein ganz verbohrter, mit dem man nicht reden konnte? Bis gestern, wie gesagt.

Wir sprachen über Faschismus und die notwendige Einheitsfront, und ich erlaubte mir, einige leise Zweifel darüber zu äußern, ob die Gewerkschaften jemals eine Lage so auffassen würden, daß sie sich veranlaßt sähen, die Arbeiter zum Streik aufzurufen. Vor zwei Monaten hätte er zu mir an diesem Punkt der Diskussion noch „Strolch!" gesagt und mich aus der Wohnung geschmissen. Jetzt sagte er nur sehr energisch:

„Natürlich werden sie das!"

„Sie haben's aber in den ganzen letzten Jahren bis jetzt noch nie getan", erwiderte ich.

„Sie hatten ja ooch noch keine Veranlassung dazu."

„Nanu?" sage ich, „die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse, ist die kein Grund gewesen zu streiken?"

„Was soll das für einen Zweck haben? Oder glaubst du, daß man durch Streiks die Weltwirtschaftskrise besser machen kann?"

(Man bedenke, welche jahrelange, ihm selbst unbewußte Erziehungsarbeit dazu gehört, um einen Arbeiter dazu zu bringen, daß er bei der Beurteilung der Wirtschaftskrise keine andere Perspektive hat, als die, wie man sie heilen könnte. Daß er selbst einen Streik nur unter der Perspektive betrachten kann, ob er die Krise bessert.) Ich weise ihn auf diesen unmöglichen Standpunkt hin:

„Entschuldige schon. Es handelt sich nicht darum, die Krise zu beheben. Das kann ein Streik natürlich nicht, sondern es handelt sich darum, diese Krise revolutionär auszunutzen."

Das hätte ich ihm früher auch nicht sagen dürfen, ohne zu hören, daß wir Kommunisten blödsinnig sind und überhaupt mit unserer Revolution Verbrecher an der Arbeiterklasse. Diesmal aber sagte er nur: „Ob's durch Revolution besser wird?"

Da weise ich ihn, und ich muß sagen mit einiger Angst, auf das russische Beispiel hin. Denn die Sowjetunion, das war sonst der Punkt, wo er ganz aus der Wolle ging. Aber heute?

Langes Schweigen — und dann:

„Meinetwegen. Wir haben nichts mehr zu verlieren."

Sagt nicht, Genossen, daß das kein politischer Standpunkt ist, wenn jemand nur dadurch revolutionär wird, daß er nichts mehr zu verlieren hat. Diese Arbeiter, sie sind durch eine jahrzehntelange Erziehung im Reformismus so degeneriert worden, daß sie nicht mehr daran glauben können, daß der Arbeiter eine Welt zu gewinnen hat. Es ist aber, für den Anfang, schon allerhand, wenn sie endlich einsehen, daß es nichts mehr zu verlieren gibt.

Das sieht mein Schwager ein. Daraufhin wartet er auf eine große Aktion des ADGB., dem er immer noch vertraut. Daraufhin hofft er auf Spontaneitätsaktionen der Arbeiterschaft, wenn die Gewerkschaften diese Pflicht nicht erfüllen. Daraufhin wird er sich bei solchen Aktionen, wenn der ADGB. versagt, unter revolutionäre Führung stellen.

Als wir diese Diskussion führten, war der kommunistische Aufruf an den ADGB. noch nicht veröffentlicht. Er würde bei meinem Schwager eine sehr schlechte Figur machen, wenn er diesen Aufruf ablehnen würde.

Noch wartet mein Schwager und hofft auf seine Partei. Wir wissen, daß er in dieser Hoffnung bald enttäuscht sein wird. Die Zwischenzeit aber bis dahin gilt es auszunutzen. Damit er dann überhaupt bemerkt, daß er enttäuscht worden ist und aus seiner Enttäuschung die richtigen Konsequenzen zieht. Ich werde ihm Broschüren geben und ihn zu Versammlungen schleppen. Ich werde mit ihm diskutieren und zur Demonstration gehen.

Ich habe die Einheitsfront mit meinem Schwager geschlossen.

P. S.

Geliebte Führer und Schleifer

Von einigen oppositionellen SA.-Leuten ging uns eine Reihe Gedichte zu, von denen wir eins, dessen Inhalt trotz politischer Mängel am deutlichsten die Klassenunterschiede in der NSDAP. zeigt, herausgreifen. Die Redaktion.

Ihr schaut ja so nachdenklich drein!?
Und grübelt: „Wo mag der Verräter sein?"
„Siebt" nur, ihr siebt ihn nicht, soviel ihr euch wundert —
Es ist nicht ein Aas, wir sind einige hundert.
Einige hundert und so . . so . . (wir haben sogar ein geheimes Büro . .)

Wir haben mehr Mut wie ihr . . .
Ihr habt noch kein Pulver gerochen — wie wir.
Wir sind nicht hie und dort, wir sind überall —
Wir stehen stramm, machen kehrt, marsch, marsch . . .
Schmeißen uns in den Dreck wie ein Schwein . . .
Und außerdem sitzen wir unter euch ganz distinguiert, beim Gläschen Wein.

Wir haben genau es ergründet, —
Was euch an „die große Sache" bindet.

„National" schreit ihr vom Dünkel geschwellt
Und dabei geht's auch bei euch nur ums liebe Geld.
Um ein Antreiberpöstchen und um den gefüllten Bauch.
Und zuletzt um den „Geltungsfimmel" auch.
Und dafür macht ihr Rekrutenschinder,
Schleifen nur wollt ihr die Arbeiterkinder.
Und stiftet die Jungen zum Morde an . . .
Jetzt sehen wir uns das „Soziale" an . . .
Gastwirte habt ihr mit Zechprellen ruiniert,
Reelle Geschäftsleute angeschmiert . . .
Wir wissen sehr viel soziale Taten,
Nur wollen wir sie noch nicht verraten . . .
Wir wachsen und warten. Wir wissen auf was!
Aufs „Dritte Reich"? Nee . . . Das fing schon an
Mit Sparmaßnahmen und drum und dran.
Hurra, ihr werdet darin genau so getreten
Wie die euch (rein persönlich) verhaßten Linksproleten.

Notizen am Rande

Ist denn das erlaubt?

Kurz vor dem 13. März 1920 brachte der „Vorwärts" immer wieder die kleinen Nachrichten, daß hier und dort nationale Kreise mit der Reichswehr oder sonstigen öffentlichen Gewalten gegen diese Republik konspiriert hätten. Man war erstaunt und entrüstet.

Jetzt geht es in den Spalten des sozialdemokratischen Zentralorgans wieder ähnlich zu. Vorn ganz große Opposition, hinten solche Sachen: In Bad Polzin mußte die Kurmusik, die doch in der Kurtaxe der besseren Leute einbegriffen ist, bei einer Nazifeierlichkeit aufhören zu spielen. Der Leser, der niemals Kurtaxe bezahlen kann, liest's und fragt sich erstaunt: Ja, dürfen die denn das, die Nazis?

Natürlich dürfen die das und sie dürfen viel wichtigere Sachen, die der „Vorwärts" nicht sagt, solange es ihnen die Arbeiterschaft erlaubt. Hätte man den Kappisten damals früher auf die Finger geklopft, dann wäre es schneller gegangen. Aber auch, als es schon spät war, legte ihnen der Generalstreik bald ihr unsauberes Handwerk. Und heute? Keine Regierung, kein System kann sich auch nur 24 Stunden gegen die Arbeiterschaft halten. Allerdings darf dann die Faust nicht in der Tasche geballt werden. Mit Leitartikelopposition geht's nicht. Nur der gemeinsame Kampf der Arbeiter kann da Ordnung schaffen.

Nazibarone — jüngere Garnitur

Der „Angriff" macht nun das offen, was er schon vorher versteckt betrieben hatte: Verherrlichung des Adels. Einer von den Rübenachs, der Sohn des freiherrlichen Verkehrsministers, ist in die Nazipartei hineingetreten. Großer Jubel! „Der deutsche Arbeiter ist ihm genau so wert oder vielmehr wertvoller als der Graf, der von den Leistungen seiner Ahnen lebt . . . den jungen Sproß des uralten rheinisch-katholischen Geschlechts . . . das seinen Namen bis auf das Jahr 1000 zurückführen kann . . . Anfang 1928 fand er dann in der NSDAP. seine geistige Heimat . . ."

Sehr freundlich von dem Herrn Adelssproß, daß ihm der Arbeiter etwas wert ist. Und bezeichnend für die Nazis, daß sie ganz groß die Visage dieses adligen Galamitgliedes abdrucken, während die „unbekannten SA.-Leute", deren Bilder verborgen bleiben, einfache Arbeiter sind. Wenn einer nicht ganz verbohrt ist, müßte er sich seine Gedanken über diese Hofnachrichten in einem „Arbeiter"blatt, die damit offenbar erst ihren Anfang nahmen, machen. Heil Hitler! Heil Junkertum! Heil Aupi! Heil Geldsack!

Zucker als — Baustoff!

Während der Zucker im proletarischen Haushalt ein immer seltenerer Gegenstand wird, wissen die Zuckerindustriellen nicht, was sie mit den riesigen Mengen unverkäuflichen Zuckers anfangen sollen. Den Höhepunkt des Zynismus und der gleichmütigen Frechheit, mit der diese unfähigen Wirtschaftsführer kapitalistische „Auswege" beschreiten, bildet wohl das soeben bekannt gewordene Preisausschreiben des „Vereins Deutscher Zucker-Industrie". Dieses setzt einen Preis von 10 000 Mark aus für eine technische Verwertung von Zucker unter Ausschluß der Verwendung für menschliche und tierische Ernährung. Tatsächlich hat man in Amerika bereits ein solches Verfahren erfunden: Auf der letzten Tagung der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft wurde berichtet, daß die Belastungsfähigkeit von Kalkmörtel durch Zusatz von Zucker bedeutend gesteigert werden kann. Man hat schon praktische Versuche mit diesem „Zuckermörtel" angestellt und hofft, mit ihm dem Zement eine wirkungsvolle Konkurrenz machen zu können!

Film und Bühne

„Geld ohne Arbeit . . ."

Erstaufführung in der „Volksbühne"

Der Onkel einer zahlreichen Familie ist gestorben, und hat kurz vor seinem Tode das große Los gewonnen. Aber niemand weiß, wo das Los ist, die lieben Verwandten geraten sich in die Haare, der tote Onkel flachst sie aus dem Jenseits, und als das Los gefunden wird, ist es zu spät: die Frist ist abgelaufen und der Gewinn verfallen.

Mit etwas Leichenfledderei vermischt — der tote Onkel wird nächtlicherweile ausgegraben — gibt diese Komödie, die aus dem Italienischen übersetzt ist, und ihre sanft-karikierende Darstellung ein paar Stunden leichter Sommerabendunterhaltung.

Wenn der Schauspieler Steckel zu dem Schauspieler Hübner sagt, er sei „kackdoof", dann tobt minutenlanger Beifall.

Das Theater am Bülowplatz wird mit „Elektrolux" gereinigt. Das eigenmächtige Besetzen leerstehender Plätze ist untersagt.

Der Kitsch dem Volke!

Sl.

Künstler gegen Faschismus

In der gut besuchten und sehr gelungenen öffentlichen Versammlung des Bundes revolutionärer bildender Künstler „Liebermann — Schillings — Schulze-Naumburg, in der Front des Kunstfaschismus" wurde folgende wichtige Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 21. Juni 1932 in den Nationalhof-Festsälen versammelten Künstler protestieren gegen die neue Notverordnungsdiktatur der Papen-Regierung. Immer stärker werden die werktätigen Massen Deutschlands dem Hunger und Elend ausgeliefert. Fast völlig gestrichen werden Ausgaben für Kunst und Wissenschaft. Dem Künstler wird jede Möglichkeit des Schaffens geraubt. Dagegen werden ungeheure Summen für Kirche und Militär und für Aufrüstung der faschistischen Terrororganisation, der SA. ausgegeben.

Die anwesenden Künstler begrüßen die Antifaschistische Aktion und werden sich in der Einheitsfront aller Werktätigen im Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr aktiv betätigen."

Achtung — Wir hören mit!

Berlin

17.30 Uhr: Hörbericht von der Ankunft eines deutschen Geschwaders in Danzig. (Nationalistischer Rummel!!)

Königswusterhausen

19.35 Uhr: Wird der russische Fünfjahrplan sein Ziel erreichen? (Zweiter Gegenvortrag unter „objektiv sachlicher" Maske!)

Alle deutschen Sender

21.20 Uhr: Sonnenwendfeier an der Grenze. (!!)

Moskau

20 Uhr: Wochenrundschau und Briefkasten (deutsch).

Der Geldbeutel der nationalen Aerzte

verlangt gebieterisch die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten

Die Geschlechtskrankheiten stellen wegen ihrer ungeheuer großen Verbreitung und wegen der Gefahren, die sich für den Erkrankten selbst und seine Nachkommenschaft aus der Ansteckung ergeben, eine ganz besondere Gefahr für das Volksganze dar. Seit Jahrhunderten schon bemüht sich die Medizin, für die verschiedenen Geschlechtskrankheiten zweckmäßige und nützliche Heilmittel zu finden, die einerseits unschädlich, andererseits so beschaffen sein müssen, daß sie einer weiteren Ausdehnung der Seuchen Einhalt gebieten. Die bisher entdeckten und im Gebrauch befindlichen Mittel zur Heilung von Geschlechtskrankheiten entsprechen diesen Voraussetzungen nicht. Durch die Behandlung der Syphilis mit Salvarsan, Quecksilber, Wismuth, durch Malaria und andere Fiebermittel, kann in vielen Fällen eine Heilung erreicht werden, während es oft jedoch auch bei sachgemäßer Anwendung und peinlich genauer Durchführung der verschiedensten Kuren nicht gelingt, die syphilitischen Folgekrankheiten an Herz und Gefäßsystem, an Gehirn und Rückenmark zu verhindern.

Noch trostloser ist es eigentlich mit der Behandlung des Trippers (Gonorrhoe). Die dort gebräuchlichen Mittel (Silber-Eiweißpräparate, die zu Spülungen verwendet werden) haben eigentlich nur beim männlichen Kranken Aussicht auf Erfolg. Die Tatsache, daß der Tripper der Frau nur schwer zu heilen ist, und daß in vielen Fällen eine chronische Eierstockentzündung oder dauernde Unfruchtbarkeit zurückbleiben, hat die Forscher in den letzten Jahren nicht ruhen lassen. Durch eine Reihe von Präparaten zur Behandlung der männlichen und weiblichen Gonorrhoe, aus den lebenden oder abgetöteten Krankheitserregern selbst hergestellt, sollen die Abwehrkräfte gegen deren verheerende Tätigkeit im menschlichen Organismus gestärkt werden.

Alle Vorbeugungs- und Behandlungsmethoden haben bisher die Geschlechtskrankheiten nicht ausrotten können. Eine einzige Ausnahme bildet der weiche Schanker, der durch die Jodoformbehandlung in kurzer Zeit ausgeheilt werden kann. Bei den anderen Geschlechtskrankheiten ist zwar die Zahl der Neuansteckungen nach den offiziellen Berichten etwas gesunken. Jedoch ist das nicht etwa auf die Behandlung, sondern viel eher auf Aufklärung und Erziehung zu persönlicher Sauberkeit sowie vor allem auf die weitgehenden Aenderungen in der Moralanschauung der Jugend zurückzuführen. Gerade in den letzten Jahren der verschärften Arbeitslosigkeit, des Lohn- und Unterstützungsabbaues haben die Geschlechtskrankheiten an Zahl wieder sehr zugenommen: immer mehr Frauen werden gezwungen, sich offen oder heimlich der Prostitution hinzugeben, immer geringer wird die Aussicht der jungen Menschen auf frühzeitige Eheschließung (mit oder ohne standesamtliches Siegel).

In dem Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten sind die Herren Aerzte nicht untätig geblieben. Sie feiern als eine ganz besondere Großtat den Erlaß des „Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten", durch das nunmehr seit einigen Jahren nur noch approbierten Aerzten die Behandlung Geschlechtskranker gestattet ist. Polizeiliche Meldepflicht, gerichtliche Bestrafungen, laufende Kontrolle durch Beratungsstelle oder Arzt sollen dem Buchstaben nach die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten einschränken, richten sich tatsächlich aber sehr viel mehr gegen die Kranken selbst. Man sollte doch meinen, daß die deutschen Aerzte, die immer so gern ihren Beruf als einen „idealen" hinstellen, die immer wieder betonen, daß das Interesse der Volksgesundheit dem Interesse ihres Geldbeutels weit übergeordnet sei, die auf allen möglichen Kongressen durch ihre Standesorganisationen von der „Tragik im ärztlichen Beruf", die darin besteht, daß der Arzt eben leider in seinen idealen Handlungen auch Geld nehmen müsse, um leben zu können, große Töne spucken lassen; man sollte doch meinen, daß diese Aerzte ein Interesse an der Ausrottung der gefährlichen Geschlechtskrankheiten haben müßten. Ganz besonders aber muß man das von denen verlangen, die das Maul vollnehmen mit nationalen Phrasen, die reden von den nationalen Belangen, die von einer völkischen Medizin vertreten werden müssen, die die Aufzucht einer gesunden deutschstämmigen Nation verlangen. Schädigen doch die Geschlechtskrankheiten zweifellos in ganz besonderem Maße die Erbmasse der Nachkommenschaft, wenn sie die Menschen nicht direkt unfruchtbar machen!

Ein besonders nationaler Herr, der Prof. F. Lenz aus Herrsching bei München, hat in einer schwachen Stunde dem ganzen reaktionär-nationalsozialistischen Aerzteklüngel die Maske vom Gesicht gerissen. Er schreibt nämlich in seinem Buch „Menschliche Auslese und Rassenhygiene" wörtlich: „Daß es möglich wäre, die Geschlechtskrankheiten ganz auszurotten, daran kann kein Zweifel sein. Auch auf diesem Gebiet stehen freilich der Gesundung schwerwiegende wirtschaftliche Interessen entgegen. Man muß sich nur einmal klarmachen, daß durch eine wirklich ernsthafte Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur viele Hunderte von Fachärzten brotlos werden, sondern auch Zehntausende anderer Aerzte in ihren ohnehin kaum zum Leben ausreichenden Einkünften schwere Einbuße erleiden würden. Es wäre ungerecht, wenn man von den Aerzten einfach die Aufopferung ihrer Existenz im Interesse der Volksgesundung verlangen würde."

Inzwischen ist dem Herrn Professor, der national bis auf die Knochen ist, wie nur einer, der Schreck in die Glieder gefahren ob seiner eigenen Ehrlichkeit, und er veröffentlicht im „Deutschen Aerzteblatt" vom 21. Juni 1932 eine Erklärung, in der es heißt, daß „die Verknüpfung der Krankheitsbekämpfung mit dem materiellen Interesse der Aerzte gelöst werden müsse". Es gibt seiner Meinung nach „nur einen Ausweg: die Aerzte müssen vom Staat angemessen entschädigt werden", entschädigt werden nach dem Wunsch des famosen Herrn Professors, der eine Stütze der Nationalsozialistischen Partei ist, lediglich für die Tatsache, daß sie kranke Menschen, die sich Rat und Hilfe suchen, die sich vertrauensvoll an den Arzt wenden, auch wirklich kurieren und dadurch die gefürchteten und gefährlichen Volksseuchen zur Ausrottung bringen.

Fürwahr! Besser konnten sich die nationalen Phrasendrescher unter der Aerzteschaft nicht selbst entlarven, besser konnten sie nicht zeigen, daß ihnen weit über Volk und Nation noch das Interesse ihres Geldbeutels steht.

Dr. Swienty.

Jagd nach dem Vellahner Lustmörder

Bisher ergebnislos

Voitzenburg (Elbe), 22. Juni. Die ganze Bevölkerung des Dorfes Vellahn beteiligt sich fieberhaft an der Suche nach dem unbekannten Lustmörder, der am Montagabend an der Hamburg—Berliner Landstraße zwischen Vellahn und Hirschkrug die 15jährige Tochter Elsa des Büdners Müller im Kuhstall überfiel, vergewaltigte und ihr dann mit dem Beil den Schädel zertrümmerte.

Verschiedene Verhaftungen, die bereits vorgenommen wurden, erwiesen sich als Fehlgriffe. Man fahndet zur Zeit nach einem Berliner Fürsorgezögling, der aus einer Anstalt ausgebrochen sein soll. Mehrere Wanderburschen waren ein Stück Weges mit ihm gegangen und haben den Verdacht auf ihn gelenkt. Man vermutet, daß er sich noch in der Gegend von Voitzenburg in einem Kornfeld versteckt hält. Doch ist es bisher nicht gelungen, ihn aufzufinden, trotzdem die ganze Feldmark von Vellahn und des nahen Gutes Brahlstorf durchforscht wurde.

Nach anderen Nachrichten soll es sich nicht um einen Jungen handeln, der der Fürsorge entflohen ist, sondern um einen aus der Strafanstalt ausgebrochenen Gefangenen. Ein weiterer Verdacht richtet sich gegen einen Mann, der vor kurzer Zeit vorübergehend bei dem Büdner Müller gearbeitet hat

Schweres Brandunglück

Ein Toter

Paris, 22. Juni. Ein schweres Brandunglück, das neben ungeheurem Materialschaden auch ein Menschenleben forderte, ereignete sich am Dienstag in Bordeaux. Ein mit 1000 Litern gefüllter Zisternenwagen geriet in einem Brennstoffdepot in Brand. Das Feuer breitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit auf das darüberliegende Wohnhaus und die beiden Nachbargebäude aus, deren Bewohner sich nur noch im letzten Augenblick in Sicherheit bringen konnten. Zwei Einwohner erlitten so schwere Brandwunden, daß sie sofort in das Krankenhaus überführt werden mußten. Ein Nachbar, der sich bei den Rettungsarbeiten betätigte, wurde im Innern eines der Gebäude von einer plötzlich stark auftretenden Rauchentwicklung überrascht und erstickte. Alle drei Gebäude brannten bis auf die Grundmauern nieder. Der Sachschaden beläuft sich auf etwa sieben Millionen Franken.

Tod in kochendem Wasser

Ober-Waldenburg, 22. Juni. Das dreijährige Kind des Bergmanns Paul Herrmann stürzte, als es sich mit seiner Mutter im Waschhause befand, in einen Kübel kochenden Wassers und erlag bald darauf den schweren Verbrühungen.

Cholera in Schanghai

London, 22. Juni. Nach einer Meldung aus Schanghai ist dort im chinesischen Viertel die Cholera ausgebrochen. Bis jetzt sind über 120 Personen erkrankt. Auch in Tientsin ist die Cholera zum Ausbruch gekommen.

Einbruchsdiebstahl im Aschaffenburger Schloß

TU. Aschaffenburg, 22. Juni. In der vergangenen Nacht wurde in das erst kürzlich wieder eröffnete Aschaffenburger Kupferstichkabinett im Schloß ein Einbruch verübt. Bei der Reinigung der Ausstellungsräume wurde der Einbruch erst bemerkt. Nach Lage der Dinge ist anzunehmen, daß der oder die Diebe von dem längs des Mains liegenden Teil des Schloßgartens aus die Fassade erstiegen haben. Im ersten Stock erbrachen sie dann ein Fenster des Zimmers, das unmittelbar an die Ausstellungsräume anstößt. Die mit schweren Eisentüren versehenen Räume, in denen die wertvollen Kupferstiche aufbewahrt werden, waren fast ausnahmslos mit Gewalt geöffnet worden. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, wieviel Blätter gestohlen wurden und welcher Schaden entstanden ist, jedoch soll eine große Anzahl wertvoller Blätter fehlen. Man ist im Augenblick noch mit der Bestandaufnahme beschäftigt.

Großer Waldbrand in Nordfinnland

Ein Riesenbrand richtete erheblichen Schaden in den staatlichen Waldungen von Veitsiluoto (Nordfinnland) an. Die Ursache des Brandes, dem Holzbestände im Gesamtwert von etwa 16 Millionen finnischen Mark zum Opfer fielen, steht noch nicht fest.

Wohnung des Arbeitslosen Michael in Halle, Talstraße 20. Das Grundwasser dringt bei jedem Tau- oder Regenwetter ein, so daß die Schlafstube der sechsköpfigen Familie zeitweise bis zu 15 Zentimeter unter Wasser steht!

(Aus der AIZ.)

Spiegel der Ereignisse

„Ein nationaler Trauertag"

Nun ist das welterschütternde Ereignis vorüber.
Eine Sensation liegt hinter uns.
Ja, das war ein Fressen für die gesamte Boulevardpresse!
„Ganz Neuyork in Aufregung!"
„Amerika in Hochspannung!"
„Deutschland in Erwartung!"
„Schmeling gegen Sharkey!"

Welches Ereignis sonst, als der Boxkampf Schmeling—Sharkey sollte die Welt, sollte Amerika in Aufregung versetzen? Hat doch Amerika „nur" 12 bis 13 Millionen Arbeitslose! Was kann die Oeffentlichkeit heute mehr interessieren, als der Meisterschaftskampf Schmeling-Sharkey, als die Frage, ob Schmeling oder Sharkey den Weltmeistertitel erhalten wird? Dazu kam in Deutschland noch folgendes: Neben Hitler war Schmeling der zweite nationale Held. Sein nationales Heldentum hat ungefähr den gleichen Ursprung, wie das Hitlers. Schmeling erhielt seinerzeit bekanntlich die Weltmeisterschaft nicht dadurch, daß er seinen Gegner besiegt hatte, sondern weil er von ihm einen „unqualifizierten" Schlag erhalten hatte.

Nun sollte er zeigen, daß er wirklich Meister ist.

Nationalgesinnte Männer in Deutschland, das heißt, die Mannen aus dem Lager Hitlers, hielten schon ihre Fahnen in Bereitschaft, um festlich auf den Sieg Schmelings zu flaggen. Die Telegraphen-Union, die bekanntlich ganz im Geiste Hitlers geführt wird, meldete einige Stunden vor dem Boxkampf, daß kein Zweifel, auch nicht der leiseste, besteht, daß Schmeling nicht siegen würde, denn am deutschen Wesen muß die Welt genesen.

Und nun? O Schrecken, die bereitgehaltenen nationalen Fahnen müssen wieder eingezogen werden. Die Welt ist am deutschen Wesen nicht genesen. Schmeling ist besiegt.

Die Sonne geht auf wie an jedem Tag, und die Weltereignisse nehmen ihren weiteren Verlauf.

★

Vor Hunger Gras gegessen

In den Tagen, da Amerika „im Zeichen Schmeling—Sharkey" steht, lesen wir im „Neuyork American" die folgende Notiz:

„In Long-Island spielte sich gestern ein erschütterndes Ereignis ab. Auf einer Wiese wurden plötzlich acht Kinder von schweren Krämpfen befallen. Die Polizei wurde alarmiert und diese alarmierte wieder die Rettungsgesellschaft. Ein Krankenwagen erschien und überführte die Kinder ins nächstgelegene Hospital. Hier stellte der Arzt fest, daß die Kinder giftige Pflanzen verzehrt haben. Zwei der acht Kinder schweben noch in Lebensgefahr. Auf die Frage, weswegen die Kinder die Pflanzen gegessen haben, antworteten sie, **daß ihre Eltern arbeitslos seien, daß sie schon seit Tagen keinen Bissen Brot erhalten haben, weil im Hause nichts vorhanden, und daß sie Gras gegessen haben, um ihren Hunger zu stillen.**"

So geschehen im Juni 1932 in Neuyork, der Metropole des größten kapitalistischen Landes der Welt, dem Zentrum dieses Landes, in dem unzählige Schiffsladungen Getreide ins Meer versenkt werden, weil kein Absatz vorhanden ist.

Das sind die Segnungen der kapitalistischen Zivilisation!

Der Bahnhof Börse wird umgebaut!

Betten Schaefer

Weiße Bettfedern 0.75, 1.-, 2.-
Daunen 7.50, 12.-, 14.-
Metall-Bettstellen 6.50, 15.-
Matratzen 6.50, 10.-, 14.-
Patentböden 12.-, 15.- 16.50

Inlette 1.20, 1.50
Bettwäsche
Kleiderschränke
Nachtschränke
Feldbettstellen

Daunen-Steppdecken 25.-, 50.-
Steppdecken 7.50, 10.-, 12.90
Kinder-Bettstellen
Chaiselongues 25.-, 45.-
Couches usw.

zu ganz billigen Schleuderpreisen! nur im Stadtbahnhof Börse

Alles an den roten Start!

Tag der roten Radfahrer am Sonntag, dem 26. Juni

Die roten Radfahrer der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit führen am Sonntag den Tag der werktätigen Radfahrer durch. Am Sonntag heißt für jeden werktätigen Radfahrer die Parole:

Heraus aus der Großstadt, aus den Kellerwohnungen und Hinterhäusern! Heraus mit den roten Radfahrern aufs Land! Heraus mit den roten Radfahrern im Zeichen der

Antifaschistischen Aktion!

Die rote Kavallerie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die werktätigen Radfahrer, die Radfahrer aller Sparten, aller Massenorganisationen, ob organisiert oder nicht, zu zwei großen Auffahrten zu vereinigen. Und zwar geht es nach dem Uedersee und nach Caputh.

Mit Sport und Spiel für jedermann soll dieser Tag verbracht werden. Durch Aufklärungsarbeit soll dafür gesorgt werden, die radfahrende Arbeiterschaft und das Proletariat auf dem Lande mit den Zielen der roten Sportler bekannt zu machen.

Gerade in der Zeit der verschärften politischen Situation, in der Zeit des wirtschaftlichen Niedergangs und des faschistischen Terrors gegen die Arbeiterschaft ist es erforderlich, daß sich die Arbeiterklasse zum gemeinsamen Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus im Zeichen der Antifaschistischen Aktion, im Zeichen des Abwehrkampfes gegen die drohende Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion zusammenfindet.

Gleichzeitig steht der Tag der roten Radfahrer unter den Parolen „Für Schaffung und freie Benutzung von Radfahrwegen!" „Für unentgeltliche Beförderung von Fahrrädern der Erwerbslosen!"

Nachstehend geben wir die Treffpunkte für alle werktätigen Radfahrer am Sonnabend und Sonntag bekannt.

Nach Finowfurth (Uedersee)	Nach Caputh
1. Bezirk Bülowplatz	2. Bezirk Kl. Tiergarten
3. Bezirk Brunnenplatz	6. Bezirk Lausitzer Platz
4. Bezirk Helmholtzplatz	7. Bezirk Wilhelmplatz
5. Bezirk Weberwiese	8. Bezirk Neues Rathaus
15., 16., und 16a Bezirk Bahnhof Schöneweide	9. Bezirk Fehrbelliner Platz
17. Bezirk Traveplatz	10. Bezirk Bhf. Zehlendorf-M.
18. und 18a Bezirk Antonplatz	11. Bezirk Bahnhof Eberstraße
19. Bezirk Pankow, Kirche	12. Bezirk Rathaus Steglitz
20. Bezirk Bahnhof Schönholz	13. Bezirk Dorfaue Tempelhof
	14. Bezirk Reuterplatz

Startzeiten für Uedersee: Sonnabend, 25. Juni, 14 und 18 Uhr, Sonntag, 26. Juni, vormittags 6 Uhr.

Startzeiten für Caputh: Sonntag, 26. Juni, vormittags 6 Uhr.

Werktätige Radfahrer! Heraus mit den Treimühlen! Findet euch in Massen an den Startplätzen ein. Fahrt hinaus mit der roten Kavallerie im Zeichen der Antifaschistischen Aktion, für die proletarische Einheitsfront im Kampf gegen Faschismus und Reaktion!

Sonnenwende der werktätigen Wanderer und Wochenendler

Sonnabend, den 25. Juni, 22 Uhr, am Großen Plötzsee, bei Nassenheide. Sprechchor, Orchester, Rezitation, Ansprache: Gen. Hörnle. Plaketten in der Geschäftsstelle der Wandersparte, Köpenicker Straße 108, im Arbeiter-Sportverlag, Münzstraße 24, und bei allen Funktionären der Wandersparte.

★

Nach Nassenheide mit dem Auto

Sonnabend, den 25. Juni, fahren die Pankower Arbeitersportler zur Sonnenwende nach Nassenheide mit dem Auto. Der Fahrpreis beträgt für eine Person nur 1 Mark für Hin- und Rückfahrt. Anmeldungen werden am Mittwoch und Donnerstag im **Kinderklub Maximilianstraße 44 in der Zeit von 18 bis 20 Uhr entgegengenommen.**

Kampfabend — für die Rote Hilfe

Donnerstag bei Fichte-Nordost

Wie wir vor einigen Tagen schon mitteilten, führt die Athletengruppe Fichte-Nordost bis zum 30. Juni eine Werbeaktion zur Gewinnung neuer Mitglieder durch. Im Rahmen dieser Werbekampagne veranstaltet die Gruppe am Donnerstag, dem 23. Juni, **in der Sporthalle Greifswalder Straße 209,** Fabrikaufgang 2 Tr., einen Werbeabend im Jiu-Jitsu und Boxen, dessen Ueberschuß zu 75 Prozent der Roten Hilfe zufließt. Die roten Sportler wollen damit ihre enge Verbundenheit mit der proletarischen Solidaritätsorganisation, der Roten Hilfe, bekunden, und mithelfen an der Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen und Unterstützung ihrer Angehörigen. Mit einer Ansprache, die das Verhältnis der roten Sportler zur Roten Hilfe aufzeigt, und die ein Appell ist an alle Werktätigen zur proletarischen Solidarität, nimmt der Abend seinen Anfang. Dann folgt eine Jiu-Jitsu-Lehrvorführung (Straßenselbstverteidigung), bei der jeder einzelne Griff genau erklärt wird. Eine Gelegenheit, die sich kein Arbeiter vorübergehen lassen sollte. Die Boxer absolvieren fünf Vereinskämpfe, die vom Fliegen- bis Mittelgewicht ausgetragen werden. Beginn 20 Uhr, Einlaß 19.30 Uhr. Der Unkostenbeitrag beträgt wie üblich nur 20 und 40 Pf.

Fichte-Nordost teilt noch mit, daß während der Werbeaktion keinerlei Aufnahmegebühr, sondern nur der laufende Beitrag erhoben wird. Anmeldungen auf den Uebungsabenden, Dienstags und Donnerstag von 19 bis 23 Uhr. Auch werden demnächst Erwerbslosenkurse eingerichtet.

Boxen in Lichtenberg

Am Freitag, dem 24. Juni, findet in der Lichtenberger Sporthalle in der Hauptstraße 2, eine Boxveranstaltung statt, zu der gute Paarungen aus verschiedenen Berliner Vereinen festgelegt sind. Als Rahmenprogramm werden interessante Kämpfe im Ringen und Jiu-Jitsu gezeigt. Die Eintrittspreise sind äußerst gering und betragen für Arbeitende 0,60 M., für Erwerbslose 0,30 M. Beginn pünktlich 20 Uhr.

Unsere Rote Versammlungsfront

Zur Antifaschistischen Aktion

Donnerstag, den 23. Juni, 20 Uhr

Ledigenheim, Pappelallee 15. Oeffentliche Jugendkundgebung. SAJ. und SJV. sind eingeladen. Eintritt 10 Pf.

Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr

Friedrichshagen, Schröders Gesellschaftshaus, Friedrichstraße 136. Referent: Karl Ganz. Unkostenbeitrag 10 Pf.

Thiemanns Festsäle, Reinickendorf-Schönholz

Redner: Genosse August Creutzburg, M. d. R. Freie Aussprache. SPD.-, Reichsbanner- und SAP.-Arbeiter sind eingeladen. **Einheitsausschuß Reinickendorf-Ost.**

Frauen gegen Nazis

Ledigenheim, Pappelallee, Freitag, den 24. Juni, 20 Uhr, öffentliche Frauenversammlung. Thema: **Die Frau im „Dritten Reich". — Die Frau in der Sowjetunion.** Unkostenbeitrag 10 Pf. **Komitee werktätiger Frauen.**

Nachtveranstaltung der Roten Hilfe

Alhambratheater, Badstraße 58, **Freitag, den 24. Juni,** 11,15 Uhr. Drei Russenfilme: Turksib — Kinder in der Sowjetunion — Gesundheitswesen in der Sowjetunion.
Die für den 17. Juni gelösten Karten behalten ihre Gültig-

Filmabend

Bökers Festsäle, Weberstraße 17, 20 Uhr, **Freitag, den 23. Juni.** Film: „Der Mann, der das Gedächtnis verlor." — Ernst Busch auf Schallplatten. — Bund revolutionärer bildender Künstler. Eintritt 50 und 30 Pf.

Dampferfahrt des Unterbezirks Zentrum

Sonnabend, den 23. Juni. Treffpunkt 8 Uhr früh, Waisenbrücke. Dampferfahrt nach Ziegenhals. Programm: Musik, Tombola, Vorführungen.
Preis für Hin- und Rückfahrt: 90 Pf., Kinder 45 Pf., unter sechs Jahren frei. Dampfer wettergeschützt. **KPD. Zentrum.**

Aus der Festungshaft zurück

Heute zwischen 19,30 und 20 Uhr kommt der Genosse Walter Schmidt nach einjähriger Festungshaft aus Groß-Strelitz zurück.
Wir begrüßen den Genossen Schmidt mit einem dreifachen „Rot Front".

Straßenzelle 1700 A.

KAMPFTAG

gegen faschistische Reaktion

für den Weltkongreß der Internationalen Roten Hilfe

Sonntag, 3. Juli, Carlshof, Berlin-Plötzensee

Tag der proletarisch-politischen Gefangenen

Massenaufmarsch gegen imperialistischen Krieg und weißen Terror

Riesenprogramm. Namhafte Künstler wirken mit, u. a. Erich Weinert, Ernst Busch. Boxen, Turnen, Ringen, Jiu-Jitsu, Akrobaten. Zeltlager der Rote-Hilfe-Pioniere, Riesenfeuerwerk. Große Tombola.

Eintritt 40 Pf., Erwerbslose 25 Pf. Beginn 15 Uhr.

Massenkundgebungen gegen RFB.-Verbot

Freitag, den 24. Juni

Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstraße, 20 Uhr. Referent: Willi Leow, M. d. R.

Swinemünder Gesellschaftshaus, 20 Uhr, Jugendkundgebung. Referent: Ernst Lohagen, M. d. R.

Sonnabend, den 25. Juni

Kliems Festsäle, Hasenheide, 20 Uhr. Referent: Willi Leow, M. d. R.

Die Gauleitungen des Reichsbanners und Jungbanners sind eingeladen.

Sonnenwende am Uedersee

Die proletarischen Organisationen des Finowtals veranstalten am Sonnabend, dem 25. Juli 1932, ihre gemeinsame Sonnenwende auf dem **Kartellgelände des Arbeitersport- und Kulturkartells Finowfurt am Uedersee.** Die Berliner Arbeiterschaft und ihre Organisationen müssen durch zahlreiche Beteiligung an dieser Sonnenwende die Genossen auf dem Lande in ihrer schweren Arbeit unterstützen.

Der gemeinsame Aufmarsch zur Feier erfolgt um 21 Uhr vom **Fichtesportplatz Finowfurt.**

Im Programm sind vorgesehen: Musik, Gesang, Rezitationen, Sprechchor, Feuerwerk. Ansprache: Genosse **Ernst Schneller, M. d. R.** Eintrittsplakette 10 Pf.

Berliner Genossen, die Massenquartier wünschen, müssen sich sofort an den Genossen **Hermann Pätsch, Finowfurt, Messingwerkstraße 17,** wenden.

Ferner finden am Sonntag folgende Veranstaltungen in Finowfurt statt: Tag der roten Radfahrer, Schwimmfest im alten Kanal, Hand- und Fußballspiele, sportliche Wettkämpfe auf dem Fichteplatz.

Rüstet zur roten Spreefahrt!

Mit 20 Dampfern nach der Alten Berliner Schweiz

Am Sonnabend, dem 2. Juli, geht es mit 20 Dampfern nach der Alten Berliner Schweiz und nach der Woltersdorfer Schleuse. Dort Rotes Spreefest unter Mitwirkung der proletarischen Organisationen. Jeder besorge sich rechtzeitig eine Teilnehmerkarte, die zum Preise von 1 Mark bei allen Funktionären und in den Speditionen der „Roten Fahne" zu haben sind. Die Karten gelten zur Hin- und Rückfahrt, sowie zur Teilnahme an den Veranstaltungen.

Elternversammlung der 23. Gemeindeschule

Freitag, den 24. Juni, in den **Fortuna-Sälen,** Strausberger Straße 3.

An alle Funktionärinnen

der KPD., der RGO. und der revolutionären Massenorganisationen, an alle Frauendelegierten!

Das selbständige Auftreten der proletarischen Frauen zur Antifaschistischen Aktion und im kommenden Reichstagswahlkampf erfordert einheitliches und geschlossenes Vorgehen.

Die Bezirksleitung der KPD. beruft deshalb zum **Freitag, dem 24. Juni 1932,** 20 Uhr, einen

Funktionärinnenappell

zur Antifaschistischen Aktion und zur Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes

ein. Tagungslokal: **Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstraße.** Alle Frauenfunktionäre der revolutionären Massenorganisationen und der Kommunistischen Partei erscheinen!

Bezirksleitung der KPD. Berlin-Brandenburg.

Zeugen gesucht

Am Mittwoch, dem 15. Juni, wurde gegen 6 Uhr abends an der Prinzenallee Ecke Christianiastraße ein junger Mann mit gelbem Polo-Hemd von Nationalsozialisten angegriffen.

Zeugen, die den Vorfall beobachtet haben, werden gebeten, sich bei Fr. Maaß, Driesener Straße 27, Hinterh. 4 Tr., zu melden.

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Geld ohne Arbeit

D. Gerber
Fluß- und Seefischhandlung
Berlin O 112, Grossener Straße 3
Täglich frische Fische

Laubenbau
Baumaterialien
Kanthölzer, Leisten, Dachpappe. Holzhandlung Basch, NO 55, Hohenschönhauser Str. 98, Nähe Weißenseer Weg.

Lebensmittel
Räucherwaren täglich frisch. Räucherei Brunnenstraße 7.

Sämtliche Lebensmittel und Wirtschaftsartikel empfiehlt unter Chif. Falkensee 26

Verkehrslokale
Werktätige Neukölln verkehren im Heidekrug, Münzer, Boddinstraße 57.

Möbel
Verliehen gemesene Möbel unter Preis. Kamerling, Kaiser-Friedrich-Allee 56 (Ecke Fehrbelliner Str.)

Prachtküchen spottbillig. Warschauer Straße 56.

PLAZA
Ulm Sohles, Mf. Ka. 035, Sipe. 2, 5, Bahn. E 7 Wäsche. 4631
Schwarzwaldmädel

Schuhwaren
Schuhwaren kauft man billig und gut bei May, Spandau, Kurze Str. 11.

Radio
Radio Sprechmaschinen, Netzanschlußanlage, komplett mit Röhren, Lautsprecher, anschlußfertig 46.—. Lautsprecher 4.75, 7.50 vierpolig 13.—, 18.—, 22.—. System 4.75, 6.50. Elektrodosen 3.50, 5.50. Anoden 100 Volt 3.25, 4.40, 4.95. Netzanoden 13.— Bastlermaterial, Sprechmaschinen, Kofferapparate 9.—, 12.—, 15.—, Schrankapparate 28.—, 32.—, 45.—, 10 000 Werke 3.—, 4.—, 6.— sowie alles Zubehör billig. Machnow Weinmeisterstraße 14 u. Charlottenburg Kantstraße 93.

Fahrräder
Ballonräder fabrikneu 34.— an mit Freilauf u. Rücktrittbremse jetzt 42.—, 45.—, 55.—. Ballonräder Marke Brennabor 70.—, Ballonräder Marke Stern 68.—, 75.— Arcona jetzt 95.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14. Größtes Fahrradhaus Deutschlands

Fabrikneue Fahrräder 28.—, 33.—, 35.—, 40.—, 45.—, Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Gebrauchte Fahrräder 15.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Nähmaschinen
Nähmaschinen große Auswahl, M. 85.— an, in Rundschiffchen u. Zentralbobbi 95.—. Machnow, Weinmeisterstr. 14

Freireligiöse Gemeinde Groß-Berlin

Am Mittwoch, dem 22. Juni 1932, verstarb unser treuer Freund und Genosse, der Geschäftsführer unserer Gemeinde,

Adolf Harndt

Sein Fleiß, seine edle Gesinnung und sein unbestechlicher Charakter während seiner 40jährigen Mitgliedschaft und seiner 23jährigen Tätigkeit als Geschäftsführer waren vorbildlich und werden ihm unser Andenken für alle Zeiten sichern.

Der Vorstand.

Die Beisetzung erfolgt am Sonnabend, dem 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf unserem Friedhof, Pappelallee.

Brennmaterialien
Holz- u. Kohlenhandlung von A. Reich, Spandau, Schmidt-Knobelsdorfstr. 21a Fernsprecher: Spandau 1309.

Holz- und Kohlenhandlung W. Kiesel, Spandau, Roonstraße 2.

Holz- u. Kohlenhandlg. Georg Sohr, Lindenstr. 28. Lohring. Str. 96.

Lucie Seelen sämtliches Brennmaterial und Kartoffeln. Spandau, Heidestraße 28.

Arbeiter, kauft euer **Brennmaterial** bei dem Genossen Artur Gieseke. Spandau, Falkenhagener Str. 32.

Am 22. Juni 1932 schloß

Adolf Harndt

für immer die Augen.

Im Namen der Hinterbliebenen

Emma Harndt
geb. Pegge

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, statt.